



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 10.05.2024 bis 17.05.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Extremisten greifen zwei christliche Dörfer an	4
Brasilien: Überschwemmungen	5
Bulgarien: Gebet für die jung im Glauben stehenden Personen	7
Burkina Faso: Katholische Gemeinde in Katchari	8
Burkina Faso: Wenn der Tod der Armen nicht in den Nachrichten erscheint	9
Deutschland: 22 Prozent fordern eine Islamisierung der Politik	10
Deutschland: Bremen - Kirchenparlament verabschiedet neue Verfassung	11
Deutschland: Erneute Islamisten-Demo in Hamburg mit 2.300 Teilnehmern	12
Deutschland: Fast die Hälfte künftiger Islam-Lehrer gegen Existenzrecht Israels	14
Deutschland: Jeder Dritte sieht im Rückgang des Christentums Grund für mehr Gewalt	15
Deutschland: Polizei in Niedersachsen löst Kirchenasyl auf	16
Gaza: Israelischer Zivilist durch Beschuss aus dem Libanon getötet	17
Indien: Christen beten für Versöhnung und Frieden	18
Indien: Landesweit Übergriffe gegen Christen während Wahlen	19
Indien: Oberster Gerichtshof entscheidet zugunsten des christlichen Bestattungsrechts	20
Indonesien: Muslime stören Gottesdienst	21
Iran: Menschenrechtslage im Iran	22
Kenia: Überschwemmungen	24
Kongo: Weitere Zusammenstöße	25
Mosambik: Dschihadistischer Angriff in den frühen Morgenstunden	26
Mosambik: Lebensmittelvorräte geplündert	27
Mosambik: Zwei dschihadistische Anschläge innerhalb von zwei Tagen	28
Myanmar: Luftangriffe der regulären Armee	29
Myanmar: Über drei Millionen Vertriebene	30
Nigeria: Entführung von Schülern	31
Pakistan: Christin in Häckselmaschine verletzt. Anzeige verhindert	32
Pakistan: Zwangsheirat annulliert – Reeha Saleems Kampf um Gerechtigkeit	34
Philippinen: Politische Allianz tritt in einziger Region mit muslimischer Mehrheit zu den Wahlen an	36
Türkei: Byzantinisches Chora-Kirchenmuseum in eine Moschee umgewandelt	37
Ukraine: Unter ständigem Beschuss durch Raketen	38
Usbekistan: Kirchenregistrierungen blockiert	39

Ägypten: Extremisten greifen zwei christliche Dörfer an

IIRF-D/BA/Tübingen/16.05.24 - Mehrere Häuser von Christen im Dorf Al-Fawakher, etwa 150 Meilen südlich von Kairo, wurden am späten Abend des 23. April in Brand gesteckt. Der Angriff auf das Dorf in der Nähe der Stadt Samalut wurde als Reaktion auf den Versuch, eine neue Kirche zu bauen, gestartet.

"Als es den religiösen Fanatikern nicht gelang, die Christen zur Strafe aus ihren Häusern zu vertreiben, brannten die Extremisten ihre Häuser nieder, während sie sich noch darin befanden", so eine lokale Quelle.

Am folgenden Tag erklärte der Kirchenführer Anba Makarios auf seiner Facebook-Seite, dass die Behörden die Unruhen eingedämmt und die Verantwortlichen verhaftet hätten.

In einem weiteren Vorfall griffen am 26. April muslimische Extremisten Christen im Dorf Al-Kom Al-Ahmar an, nachdem sie erfahren hatten, dass eine Kirche eine Genehmigung für den Bau eines Kirchengebäudes erhalten hatte.

"Die Sicherheitskräfte rückten in das Dorf ein, brachten die Situation unter Kontrolle und nahmen eine Reihe von Tätern fest", berichtete eine christliche Interessengruppe.

Etwa ein Drittel der ägyptischen Christen lebt im Gouvernement Minya. Die Christen, die nach Schätzungen zur Zeit etwa 10 % der ägyptischen Gesamtbevölkerung ausmachen, sagen, dass ihre Situation in dem mehrheitlich muslimischen Land so gut ist wie seit Menschengedenken nicht mehr. Der Präsident hat die christliche Gemeinschaft schnell verbal und praktisch unterstützt, wenn es zu antichristlichen Vorfällen kam, und seine Regierung arbeitet kontinuierlich an der Legalisierung von Kirchen, nachdem die aus der osmanischen Zeit stammenden Beschränkungen im September 2016 aufgehoben wurden.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/extremists-attack-two-christian-villages-in-upper-egypt/>

Brasilien: Überschwemmungen

Barnabas aid ruft auf: Helfen Sie brasilianischen Christen nach den zerstörerischen Überflutungen

„Nach tagelangen Regen und Überflutungen sind die Kinder des Kinderheimes und wir in Sicherheit, aber wir befinden uns in einer verzweifelten Situation,“ sagte Daniel, der eine Kirche in Rio Grande do Sul in Südbrasilien leitet.

Diese Region wurde von Überflutungen verwüstet, mit erschreckend hohen Wasserständen in Rekordhöhen. Daniel erklärte, obwohl sie in der Lage waren alles in eine obere Etage der Kirche zu transportieren, hatte das Wasser doch letztlich das ganze Gebäude überflutet. Sie haben alles verloren.

Mehr als 300 Städte in den äußersten südlichen Regionen Brasiliens sind betroffen, mehr als 80.000 Menschen wurden nach der letzten Zählung als obdachlos registriert. Die Zahlen steigen, fast so schnell wie die Wasserstände.

Brücken wurden weggeschwemmt und Dämme sind gebrochen, die Regierung versuchte Familien zu evakuieren, wo es möglich war. Mehr als 100 Krankenhäuser sind bereits unter Wasser oder gerade soeben noch in der Lage zu behandeln.

„Nach tagelangen Regen und Überflutungen sind die Kinder des Kinderheimes und wir in Sicherheit, aber wir befinden uns in einer verzweifelten Situation,“ sagte Daniel, der eine Kirche in Rio Grande do Sul in Südbrasilien leitet.

Diese Region wurde von Überflutungen verwüstet, mit erschreckend hohen Wasserständen in Rekordhöhen. Daniel erklärte, obwohl sie in der Lage waren alles in eine obere Etage der Kirche zu transportieren, hatte das Wasser doch letztlich das ganze Gebäude überflutet. Sie haben alles verloren.

Wasserstände stiegen dramatisch an in Rio Grande do Sul in Südbrasilien, sogar Brücken wurden überflutet und weggeschwemmt. In der Mitte dieser Zerstörungen brauchen unsere Geschwister unsere Hilfe

Mehr als 300 Städte in den äußersten südlichen Regionen Brasiliens sind betroffen, mehr als 80.000 Menschen wurden nach der letzten Zählung als obdachlos registriert. Die Zahlen steigen, fast so schnell wie die Wasserstände.

Brücken wurden weggeschwemmt und Dämme sind gebrochen, die Regierung versuchte Familien zu evakuieren, wo es möglich war. Mehr als 100 Krankenhäuser sind bereits unter Wasser oder gerade soeben noch in der Lage zu behandeln.

Mehr als 300 Städte sind von der Flut in Südbrasilien betroffen. Nach der letzten Zählung sind 80.000 Menschen obdachlos geworden

Aber auch inmitten der Verzweiflung bleiben unsere Brüder und Schwestern fest in ihrem Glauben. „Unsere Region ist zerstört. Aber wir wissen, dass trotz aller Umstände der Herr auf Seinem Thron regiert, Er ist souverän und leidet mit uns durch alles, was uns widerfährt! Bitte beten Sie für uns,“ bat Daniel.

Barnabas ist bereit zu helfen

„(Wir) eröffneten am Sonntag eine Unterkunft für 100 Menschen, sie war sehr schnell gefüllt. Wir eröffnen eine weitere Unterkunft für 200 Menschen in einem Lagerhaus auf der anderen Seite der Straße,“ erklärte Pastor Rogério, dessen Kirche ihr Äußerstes tut, um Notleidenden zu helfen.

Er erzählte unserem Projektpartner, dass die Situation sich nur verschlimmert, nahe gelegene Teiche mit Wasser aus dem Taquari Tal werden überflutet, während das Wasser von den Bergen in Rio Grande do Sul herunterfließt.

Pastor Rogério und seine Kirche eröffneten eine Unterkunft, um Flüchtlinge, die ihre Unterkünfte in der Flut verloren haben, unterzubringen. Diese Unterkunft wird wahrscheinlich für die nächsten Monate offenbleiben

Dies ist nicht die erste Flut, die brasilianische Gläubige in dieser Region aushalten müssen. Im September 2023, stiegen der Taquari Fluss und seine Nebenflüsse über die Ufer, mit Wasserständen bis zu fast 30 Metern über normal. Wie auch immer, in den letzten paar Tagen wurden bereits Wasserstände von über 33 Metern gemessen. Obwohl der Regen vorübergehend stoppte und die Wasserstände in einigen Bereichen langsam gesunken sind, wird erwartet, dass ein außer-tropischer Zyklon die Region in ein paar Tagen erreicht und mehr Zerstörung bringen wird.

Die Ereignisse wiederholen sich von selbst – einige Ortschaften wurden bereits zum zweiten Mal überflutet. Unsere christliche Familie braucht dringend Hilfe, um diese sich entwickelnde Tragödie zu überstehen. Können Sie helfen? – so die Bitte von Barnabas:

Per Banküberweisung:

Barnabas Fund Germany gGmbH
Donation Account
IBAN: DE37 4725 1550 0025 0366 82
oder

Möglichkeiten zu spenden

Per Post:

Wenn Sie lieber trockene Lebensmittel oder Hygieneartikel spenden möchten per Post: [Klicken Sie auf diesen Link](#), um die Adresse unseres Regionalbüros zu erfahren. Bitte geben Sie die oben genannte Projektreferenz an.

Bulgarien: Gebet für die jung im Glauben stehenden Personen

Iwan Wylkow (Sofia, Leiter von LICHT IM OSTEN Bulgarien) besucht u.a. auch Roma-Gemeinden im Osten Bulgariens. Dort trafen sie einen Glaubensbruder, „der vor kurzem Buße getan und Christus in sein Herz aufgenommen hatte. Vorher war er nicht nur dem Glauben ferngestanden, sondern auch ein Alkoholiker gewesen mit fortgeschrittener Leberzirrhose. Die Ärzte hatten ihm nur noch eine sehr kurze Lebenszeit gegeben. Als er in die Gemeinde kam, begannen sie für ihn zu beten und zu fasten. Und ein Wunder geschah. Als er zu einer zweiten Untersuchung nach Sofia kam, sagten die Ärzte, er habe nichts mehr, und schickten ihn nach Hause. Von da an gab Jordan alles auf, nicht nur den Alkohol, sondern auch das Rauchen. Und jetzt freut er sich über die Erlösung und Heilung durch Christus.“ Auch Jordans Sohn Dmitrij kam zum Glauben. Sein einst schwer krankes Kind war auf Gebet hin ebenfalls gesund geworden. Inzwischen ist dieser Junge „gewachsen, gesund und kräftig. Seine Eltern sind Gemeinde-glieder geworden.“ Auch ein junger Mann namens Naim, der drogenabhängig war, und seine Frau Mariam sind zum Glauben gekommen.

☒ Danken Sie mit uns, dass Gott seine Liebe und Kraft durch solche Heilungen gezeigt hat und Menschen zum Glauben an ihn gefunden haben.

☒ Bitte beten Sie für diese jung im Glauben stehen-den Personen, dass sie weiterhin Gott immer besser kennen und lieben lernen.

☒ Iwan Wylkow berichtet von gesegneten Oster-Einsätzen in Altenheimen, Schulen und Kindergärten. Er bittet um Gebet, dass sie weiterhin die Freiheit und Möglichkeiten für solche evangelistischen Dienste haben. Denn immer wieder erleben sie auch kräftigen Gegenwind.

☒ Bitte beten Sie für Iwan Wylkows Gesundheit, dass die Ursache für seine „häufigen Kopfkämpfe gefunden wird. Diese gehen mit lauten Geräuschen und dumpfen Schmerzen einher.“ Das bereitet ihm große Schwierigkeiten in seinem Dienst, besonders in der Seelsorge.

Burkina Faso: Katholische Gemeinde in Kantchari

Glaube, Freude und Mut trotz Gewalt und Hunger

Kantchari (Agenzia Fides) – Die beiden Redemptoristen-Missionare, Pater Maxime und Pater Clément leben und arbeiten die in der burkinischen Stadt Kantchari an der Grenze zu Niger arbeiten, die von Terroranschlägen heimgesucht wurde, die zu Verwüstung und Hungersnot geführt haben.

"Wir kamen am 5. Oktober 2023 in Kantchari an und fanden eine fast menschenleere Stadt vor. Die Bevölkerung bestand hauptsächlich aus Binnenvertriebenen und Einheimischen, die die Stadt nicht verlassen konnten. Es gab weder Lebensmittel noch Medikamente", berichtet Pater Clément Kourossangama, der Gemeindepfarrer ist. "Die wenigen Produkte, die auf dem Schwarzmarkt in der Stadt verkauft wurden, waren extrem teuer und für die meisten unerschwinglich. Als ob das alles noch nicht genug wäre, wurden wir von Kanonen umzingelt und diejenigen, die sich aus der Stadt wagten, wurden getötet."

"Die Menschen haben auf uns gewartet, unsere Rückkehr war ein großes Zeichen der Hoffnung", so der Redemptorist weiter. „Trotz der Schießerei nahmen die Gläubigen an der Messe teil, als wir ankamen, und das hat auch uns viel Mut gemacht. Sie zeigten großen Glauben, Freude, Widerstandskraft und Mut. Wir hatten nicht genügend Hostien, und das wenige Geld, das wir sammelten, verwenden wir für die Versorgung der Menschen mit dem Nötigsten. Dennoch verkündeten wir unter Kanonenbeschuss und inmitten einer hungernden Bevölkerung weiter Christus, so gut wir konnten."

"Trotz der erneuten Angriffe haben wir darauf bestanden, die Messe zu feiern, und die Gläubigen haben daran teilgenommen, bis die Situation außer Kontrolle geriet", berichtet der Missionar, „Als das Militär eingriff, hatten die Terroristen bereits mehrere Zivilisten getötet, Vieh mitgenommen, Scheunen und alles andere niedergebrannt. In diesen Momenten großer Panik, als der Zelebrant sich beeilte, die Messe zu beenden und die Versammlung so schnell wie möglich zu entlassen, stellten wir fest, dass die Bevölkerung direkt auf die Pfarrei zusteuerte, um Zuflucht zu suchen. Durch das Eingreifen der Armee wurde der Angriff beendet, aber die Herzen der Menschen waren verwüstet und in den Armen einiger Familien lagen Leichen. Was soll man den Gemeindemitgliedern während der Sonntagsmesse sagen?"

"In dieser Zeit hat sich die gesamte Bevölkerung gegenseitig ermutigt", so Pater Clement weiter. „Um Weihnachten herum ließ der Kanonenbeschuss etwas nach und man hoffte auf die Ankunft eines Konvois mit Lebensmitteln. Etwa zehn Kilometer vor dem Ortseingang von Kantchari traf der erhoffte Konvoi schließlich ein, brachte aber durch die erneuten Angriffe enorme Verluste an Menschenleben mit sich“.

"Leider", so der Missionar, "haben die gewalttätigen Angriffe Ende März wieder eingesetzt, wenn auch in geringerem Maße. Trotzdem bleibt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, vor allem, weil an der Sicherheitsfront viel getan wird. In der Gemeinde wird weiterhin gefeiert, gebetet, gesungen und getanzt. Wer Gottesdienste Kantchari erlebt hat, weiß, dass dieses Volk gerne singt und tanzt... bis zum Kyrie", betont Pater Clement. „Aber es ist nicht immer leicht zu predigen, wenn man mit Menschen konfrontiert ist, die oft tagelang gefastet haben. Wie dem auch sei, wir hoffen auf ein besseres Morgen, und das hält uns zusammen mit den Gemeindemitgliedern und der gesamten Bevölkerung aufrecht“, betont er abschließend.

(AP) (Fides 13/5/2024)

Burkina Faso: Wenn der Tod der Armen nicht in den Nachrichten erscheint

Von Mauro Armanino für fidesdienst

Ouagadougou (Fides) - Sie wurden am Montag, den 6. Mai, getötet. Sie machten den Fehler, dem Militär und den "Freiwilligen des Vaterlandes", die sie begleiteten, zu vertrauen. Sie dachten, ihr Personalausweis würde sie schützen. Insgesamt 21 Menschen in einem Hof des Dorfes Moualoungou und 130 Menschen im Dorf Tambi Bounima, schwangere Frauen, Männer, Kinder und Passanten, wurden von dem Militärkonvoi, der sich auf den Weg machte, grundlos hingerichtet. Sie sind arm, Bauern, fast alle Christen, und deshalb haben sie für das Militärregime, das in Burkina Faso an der Macht ist, nicht einmal das Recht, auf eine Nachricht von ihrem Tod. Sie sind verschwunden, haben nie existiert, wurden von der Gewalt verschluckt, die auf die Gewalt mit der gleichen Blindheit antwortet. Bereits im vergangenen Februar oder März wurden mehrere Menschen aus Bibigou und Soualamou in der Region Gourmanché in Burkina Faso entlang der Straße getötet.

Zeugenaussagen sind sicher, und an Bildern, die mit Mobiltelefonen aufgenommen wurden, mangelt es nicht. In der Zwischenzeit verstecken sich die Bauern, die durch die Forderung nach einer "Steuer" pro Person, den Übertritt zu bewaffneten dschihadistischen Gruppen oder den Exodus in Geiselhaft genommen wurden, ohne alles, im Busch oder suchen Zuflucht und Sicherheit jenseits der Grenze. Die Menschenrechte werden nicht geachtet und es herrscht Zensur, so der Katechet.

Seit November letzten Jahres fordert die Europäische Union die Militärbehörden in Burkina Faso auf, die Vorwürfe über die Tötung von Zivilisten in verschiedenen Teilen des Landes aufzuklären. Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ hatte ihrerseits die Behörden beschuldigt, im Februar 2024 in zwei Dörfern 223 Zivilisten, darunter 56 Kinder, getötet zu haben.

Der Leidensweg der Bevölkerung von Burkina Faso geht weiter, inmitten von Massakern durch bewaffnete Gruppen und das Militär, die von den „Freiwilligen des Landes“ unterstützt werden, das sich immer weiter vom Weg des Friedens entfernt. (Fides 14/05/2024)

Deutschland: 22 Prozent fordern eine Islamisierung der Politik

Studie: Jeder zweite Islamlehrer lehnt Existenzrecht Israels ab

Münster (IDEA) – Fast jeder zweite Islamlehrer spricht dem Staat Israel das Existenzrecht ab. Das ergab eine aktuelle bundesweite Studie des „Exzellenzclusters Religion und Politik“ der Universität Münster über Einstellungen und Werte künftiger islamischer Religionslehrer und Theologen. Demnach sind 47 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Israel keine Existenzberechtigung habe. 37,3 Prozent vertreten zudem die Meinung, dass die Juden über zu viel Macht und Einfluss in der Welt verfügten. Auch der Westen wird von den Befragten überwiegend kritisch betrachtet. So stimmten 60 Prozent der Aussage zu, dass er für die schlechten Zustände in vielen islamischen Ländern verantwortlich sei. Die Studie kam ferner zum Ergebnis, dass mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der angehenden Islamlehrer keinen europäisch geprägten Islam vermitteln wollten. 57 Prozent der Befragten gaben an, dass sie ausschließlich oder überwiegend muslimische Freunde haben. Die Mehrheit der Befragten (54 Prozent) stimmte außerdem zu, dass das Händeschütteln mit dem anderen Geschlecht vermieden werden sollte. Zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Befragten befürwortet zudem eine Islamisierung der Politik (22 Prozent), des Rechtssystems (25 Prozent) sowie der Geschlechterordnung (23 Prozent). Sechs Prozent der Befragten akzeptierten aktive Gewalt gegen Ungläubige zur Verbreitung des Islam. Die Aussage, dass Frauen leicht geschlagen werden können, stieß hingegen auf nahezu einhellige Ablehnung (98 Prozent).

Mehr als zwei Drittel stehen DITIB oder Millî Görüs nahe

Für die Studie wurden von April bis Juni 2022 insgesamt 252 Studenten der islamischen Theologie und Religionspädagogik an elf Hochschulen in Deutschland anhand eines Online-Fragebogens befragt. Das entspricht elf Prozent der Zielgruppe. Von den Teilnehmern sind 75 Prozent weiblich und 24 Prozent männlich. Der Rest bezeichnete sich als nicht binär, also weder als männlich noch weiblich. Von den befragten Studenten sind zwar 90 Prozent in Deutschland geboren, aber 95 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund (Eltern oder Großeltern sind eingewandert). Von diesen sind mehr als zwei Drittel (68 Prozent) türkischer und acht Prozent marokkanischer Herkunft (die restlichen Ethnien repräsentieren jeweils weniger als drei Prozent). Über zwei Drittel (68 Prozent) der Befragten gaben an, dass sie sich von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB/Köln) und/oder der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüs (deutsch: Nationale Perspektive/IGMG/Köln) vertreten fühlen. Mehrfachnennungen waren möglich. Zum Hintergrund: DITIB und die türkische Religionsbehörde Diyanet – sie untersteht Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan – sind eng miteinander verflochten. Über sie werden Geistliche in die Moscheegemeinden nach Deutschland entsandt. Die IGMG wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als islamistische Organisation eingestuft und beobachtet.

Deutschland: Bremen - Kirchenparlament verabschiedet neue Verfassung

St. Martini-Gemeinde kündigt Widerspruch an

Bremen (IDEA) – Das Kirchenparlament (Kirchentag) der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) hat am 15. Mai eine neue Verfassung für die Landeskirche verabschiedet. Bei der Abstimmung gab es von den 128 anwesenden Kirchentagsdelegierten 112 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Damit wurde die notwendige Dreiviertelmehrheit erreicht. Die neue Verfassung soll am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Sie löst die bisher geltende Kirchenverfassung aus dem Jahr 1920 ab. Der Entwurf für die neue Verfassung war jahrelang diskutiert und mehrfach überarbeitet worden. Sie regelt die Struktur der Landeskirche und bestimmt ihre Arbeitsfelder. Anders als die alte Verfassung enthält sie auch Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz sowie zu Vielfalt und Gleichstellung aller Menschen. [Kritikern](#) zufolge beschneidet sie die Glaubens-, Gewissens- und Lehrfreiheit der Gemeinden, die von der geltenden Verfassung garantiert wird. In der Aussprache vor der Abstimmung wies der Leiter der BEK-Kirchenkanzlei, Peter Schultz, diese Befürchtungen zurück. Die neue Verfassung gewährleiste weiterhin die Glaubens-, Gewissens- und Lehrfreiheit sowie die Selbstverwaltung der Gemeinden. So gebe sie für die Gemeindeordnungen nur Mindeststandards vor, die in den meisten Gemeinden ohnehin erfüllt seien. Der Bauherr (Kirchenvorsteher) der St.-Martini-Gemeinde, Jürgen Fischer, bekräftigte dagegen die Kritik an dem Entwurf. Mit der neuen Verfassung gebe die BEK ihre bisherige Struktur als Bund selbstständiger Gemeinden auf und wandle sich in eine zentralistische, hierarchisch organisierte Kirche. Damit sei sie nicht zukunftsweisend, sondern orientiere sie sich an dem Leitbild volkikirchlicher Strukturen der 1960er und 1970er Jahre.

Deutschland: Erneute Islamisten-Demo in Hamburg mit 2.300 Teilnehmern

Diesmal galten strengere Auflagen

Hamburg (IDEA) – Anhänger des islamistischen Netzwerks „[Muslim Interaktiv](#)“ haben am 11. Mai erneut in Hamburg demonstriert. Nach Angaben des NDR nahmen rund 2.300 Personen daran teil. Zum Hintergrund: Bereits am 27. April hatten etwa 1.200 Menschen eine Demonstration der Gruppe besucht. Sie forderten den „Sturz der Wertediktatur“ Bundesrepublik Deutschland sowie die Gründung eines Kalifats, was bundesweit Empörung ausgelöst hatte. Der Verfassungsschutz bewertet die Gruppierung als „gesichert extremistisch“. Parteien von AfD bis Bündnis 90/Die Grünen forderten bereits ihr Verbot. Am Rand der jüngsten Versammlung, die unter dem Titel „Gegen Zensur und Meinungsdictat“ angekündigt war, hatte die Polizei unter anderem Wasserwerfer positioniert. Zudem galten dieses Mal strengere Auflagen. Unter anderem war es den Teilnehmern verboten worden, ein Kalifat in Deutschland zu fordern, oder Israelflaggen zu verbrennen. Bei der letzten Demo von „Muslim Interaktiv“ vor zwei Wochen waren Schilder verteilt worden, auf denen zum Beispiel „Kalifat ist die Lösung“ gestanden hatte. Solche Schilder waren dieses Mal nicht zu sehen, dafür hielten die größtenteils männlichen Teilnehmer weiße Plakate mit den Aufschriften „zensiert“ und „verboten“ hoch, wie der NDR weiter berichtet. Zudem habe eine Vielzahl schwarzer Flaggen ohne Aufdruck geweht. Einer der Köpfe von „Muslim Interaktiv“, Raheem Boateng (bürgerlich Joe Adade Boateng), sprach mit Blick auf die Plakate von der Einschränkung der Meinungsfreiheit für Muslime. Die weißen Plakate seien nur „eine Karikatur“ von dem, was sich die Behörden wünschten: „Muslime, die aufhören, Muslime zu sein.“

Zweite Bürgermeisterin: Raheem Boateng wird kein Lehrer in Hamburg werden

Die Zweite Bürgermeisterin von Hamburg, Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen), hatte sich bereits auf der Landespressekonferenz am 30. April zu Boateng geäußert, der zurzeit Lehramtsstudent in Hamburg sei. Extremisten würden nicht zum Staatsdienst in Hamburg zugelassen: „Diese Person ist bekannt, der Name ist bekannt und deshalb wird er in Hamburg kein Lehrer sein.“

CDU: „Muslim Interaktiv“ verbieten

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Dennis Thering, hatte im Vorfeld dazu aufgerufen, die Demonstrationen von „Muslim Interaktiv“ zu verbieten: „Die verstörenden Bilder von Kalifat-Verherrlichung und ‚Allahu Akbar‘-Rufen am Hamburger Steindamm dürfen sich nicht wiederholen. Das ist keine friedliche Versammlung, sondern eine Macht-Demonstration von radikalen Islamisten, für die es in unserer Stadt keinen Platz mehr geben darf.“ Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) müsse mit größter Priorität ein Verbotsverfahren gegen „Muslim Interaktiv“ vorantreiben.

AfD: Der Rechtsstaat muss Zähne zeigen

Ähnlich äußerten sich Vertreter der AfD. Der Fraktionsvorsitzende der Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann, warnte im Vorfeld: „Wer das Kalifat und die Scharia propagiert, will unser Grundgesetz und unsere Demokratie aus der Welt schaffen.“ Dass die rot-grüne Landesregierung den „Steinzeit-Islamisten“ trotz aller offenkundigen Bedenken eine Bühne biete, sei unbegreiflich und verantwortungslos. Es könne nicht sein, dass die Anhänger von „Muslim Interaktiv“ ihre „islamistischen Kalifatsträume erneut zur Schau stellen“ dürften. „Wer sich erinnert mit welcher Härte die Politik gegen harmlose Corona-Spaziergänger vorgegangen ist, kann nur noch mit dem Kopf schütteln. Der Rechtsstaat muss Zähne zeigen!“

SPD: Ein Verbot ist rechtlich nicht möglich

Auch die SPD-Fraktion Hamburg bedauerte laut einer Pressemitteilung, dass die Veranstaltung nicht verboten werden könne. Ihr innenpolitischer Sprecher, Sören Schumacher, wies die Forderung nach einem Verbot der Demonstration jedoch als rechtlich nicht möglich zurück: „Es ist gut, dass nicht die Politik entscheidet, welche Demonstration stattfinden darf und welche nicht.“ Über einen Eingriff in die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit entschieden die Sicherheitsbehörden nach Recht und Gesetz.

Schröter: Islamisten wollen zuerst Parallelgesellschaften für Muslime bilden

Die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, Prof. Susanne Schröter, berichtete in der Tagesschau, dass „Muslim Interaktiv“ wahrscheinlich zu den Nachfolgeorganisationen der in Deutschland seit 2003 verbotenen islamistischen Organisation „Hizb ut-Tahrir“ gehöre. Diese strebe die Überwindung der Nationalstaaten, die Errichtung eines weltweiten Kalifats und die Auslöschung Israels an. Die Einführung eines Kalifats sei zwar momentan nur ein Fernziel von „Muslim Interaktiv“. Sie strebten jedoch bereits jetzt dort, wo es viele Muslime gebe, die Bildung von Parallelgesellschaften und die Einführung von Sonderregeln für Muslime an. Dazu gehöre beispielsweise die Forderung von Gebetsräumen oder der Geschlechtertrennung in den Schulen. Zu ihren Anhängern gehörten auch viele Muslime, die teilweise schon in zweiter, dritter oder vierter Generation in Deutschland lebten und auch deutsche Staatsangehörige seien. Die Gruppe wende sich dabei ganz gezielt an gebildete Muslime. Besonders gefährlich sei darüber hinaus ihr Vorgehen in den sozialen Medien, wo sie liberale Muslime oder Gegner des Islamismus mit Bildern als Feinde markierten.

Deutschland: Fast die Hälfte künftiger Islam-Lehrer gegen Existenzrecht Israels

Die Universität Münster hat Einstellungen und Werte künftiger islamischer Religionslehrer untersucht. Fast jeder Vierte ließ dabei fundamentalistische Züge erkennen, jeder Zweite ist gegen Israel.

IIRF-D/pro/Tübingen/16.05.24 – In einem Beitrag von Norbert Schäfer zur antisemitischen Einstellung unter Islamlehrer, die an der wohl liberalsten islamischen Fakultät Deutschlands, wird festgestellt, dass ein Großteil der angehenden islamischen Theologen und Religionspädagogen islamistische Positionen im Blick auf Israel vertritt:

» Die Universität Münster hat unter Studierenden der islamischen Theologie und Religionspädagogik nach deren Einstellungen und Werten geforscht. Drei Viertel der Befragten waren Frauen.

Ein bedeutender Teil künftiger Islam-Lehrer vertritt islamistische, gegen den Westen und den Staat Israel gerichtete Positionen. Das zeigt eine bundesweite Studie vom „Exzellenzcluster Religion und Politik“ der Universität Münster über Einstellungen und Werte künftiger islamischer Religionslehrer und Theologen.

Die [Ergebnisse](#) der Erhebung zeigen, dass knapp 60 Prozent der Studierenden der Ansicht sind, dass der Westen für die Probleme in islamischen Ländern verantwortlich ist. Mehr als die Hälfte (55,9 Prozent) der Befragten vertrat die Auffassung, dass der Westen alles dafür tue, damit der Islam nicht wieder eine Hochkultur werde. Rund 47 Prozent der künftigen islamischen Religionslehrer und Theologen erkennen das Existenzrecht Israels nicht an. Mehr als ein Drittel der Befragten (37,3 Prozent) stimmte der Aussage zu, dass Juden zu viel Macht in der Welt haben. Nur etwa jeder zehnte Befragte (12,3 Prozent) nimmt assimilierte Muslime als Feinde wahr.

Für die Studie wurden von April bis Juni 2022 insgesamt 252 Studenten der islamischen Theologie und Religionspädagogik an elf Hochschulen in Deutschland online befragt. Das entspricht rund elf Prozent der Studenten dieser Fächer in Deutschland. 74 Prozent der Befragten waren Frauen. 90 Prozent der Studienteilnehmer gaben an, in Deutschland geboren zu sein, wobei der Anteil der Studenten mit Migrationshintergrund bei 95 Prozent lag. Mehr als zwei Drittel (68,1 Prozent) der Befragten haben türkische Wurzeln. Die Forscher wollten unter anderem wissen, wie reformorientiert bezüglich des Islams die Studenten sind, was sie zum Studium bewogen hat und an welchen Werten sie sich orientieren.

Etwa jeder vierte fundamentalistisch

Die Studie stuft fast ein Viertel der Teilnehmer (23,8 Prozent) als fundamentalistisch („encompassing fundamentalist worldview“) ein, basierend auf ihrer Zustimmung zu Aussagen wie der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Rückkehr zu den Zeiten des Propheten Mohammed. Etwa jeder Fünfte (22,2 Prozent) der Befragten befürwortet zudem eine Islamisierung der Politik, und ein Viertel der Befragten sprach sich gar für die Islamisierung des Rechtssystems aus. Sechs Prozent der Befragten hielten die Anwendung von Gewalt gegenüber Nicht-Muslimen zur Ausbreitung des Islam für akzeptabel.

In der Studie heißt es: „Erwartungsgemäß korrelierte Reformorientierung positiv mit der Orientierung an den Werten der Gleichstellung der Geschlechter und der Demokratie, aber negativ mit der Vertretung von DİTİB und IGMG, sozialer Segregation, Stereotypen, Fundamentalismus und Islamismus.“ Ein signifikanter Anteil der Befragten fühlt sich durch den deutsch-türkischen Moscheeverband DİTİB (67,8 Prozent) sowie durch die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (58,7 Prozent) repräsentiert.«

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/studie-fast-die-haelfte-kuenftiger-islam-lehrer-gegen-existenzrecht-israels>

Deutschland: Jeder Dritte sieht im Rückgang des Christentums Grund für mehr Gewalt

Bei den Freikirchlern sehen fast 60 Prozent diesen Zusammenhang

Erfurt (IDEA) – Mehr als jeder dritte Deutsche (37 Prozent) ist der Meinung, dass der Bedeutungsverlust des Christentums zu mehr Gewalt in der Gesellschaft führt. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere (Erfurt) im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die relative Mehrheit (39 Prozent) sieht keinen Zusammenhang zwischen dem Bedeutungsverlust des Christentums und der Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft. 21 Prozent antworteten mit „Weiß nicht“, vier Prozent machten keine Angabe. Männer stimmen der These häufiger zu als Frauen (40 Prozent gegenüber 34 Prozent). Westdeutsche tun es häufiger als Ostdeutsche (38 Prozent gegenüber 32 Prozent). Unter den Angehörigen der christlichen Konfessionen glauben Freikirchler mit 59 Prozent am häufigsten, dass der Bedeutungsverlust des Christentums zu mehr Gewalt in der Gesellschaft führt, gefolgt von landeskirchlichen Protestanten (49 Prozent) und Katholiken (46 Prozent). Bei den Muslimen sehen 35 Prozent diesen Zusammenhang, bei den Konfessionslosen 21 Prozent. Unter den Anhängern der politischen Parteien stimmen die Parteigänger der AfD der These mit 53 Prozent am häufigsten zu, gefolgt von den Sympathisanten der CDU/CSU (45 Prozent), des Bündnisses Sahra Wagenknecht (40 Prozent), der FDP (38 Prozent), der Freien Wähler (34 Prozent), der SPD (33 Prozent), der Grünen (29 Prozent) und der Linken (27 Prozent). Für die Erhebung wurden 2.087 Erwachsene im Zeitraum vom 10. bis 13. Mai befragt.

Deutschland: Polizei in Niedersachsen löst Kirchenasyl auf

Eine vierköpfige russische Familie wurde nach Spanien abgeschoben

Bienenbüttel (IDEA) – Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen hat in Bienenbüttel (Landkreis Uelzen) ein Kirchenasyl aufgelöst. Das teilte die evangelische St.-Michaelis-Gemeinde Bienenbüttel mit. Die Polizei habe sich mit einem Durchsuchungsbeschluss Zugang zum Gemeindehaus verschafft, in dem eine vierköpfige Familie aus Russland untergebracht war. Zuvor hätten zehn bewaffnete Polizeibeamte das Haus umstellt. Die Familie sei festgenommen und per Flugzeug nach Spanien abgeschoben worden. Damit habe die Polizei in Niedersachsen zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein Kirchenasyl gebrochen. Die Familie habe sich ins Kirchenasyl begeben, weil der Vater und ein erwachsener Sohn in Russland zur Armee eingezogen werden sollten. Der Einberufungsbefehl sei gekommen, als sich die Familie mit einem spanischen Visum auf der Durchreise in Deutschland befunden habe. Sie habe daraufhin Asyl beantragt. Die Mutter sei aufgrund der psychischen Belastungen schwer erkrankt. Dieser Umstand sei in der Bewertung des Asylantrags nicht berücksichtigt worden, kritisierte Gemeindepfarrer Tobias Heyden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe die Ablehnung des Asylantrags mit dem sogenannten Dublin-Übereinkommen begründet. Nach diesem Abkommen aus den 1990er-Jahren müssen Flüchtlinge in dem Land einen Asylantrag stellen, das sie in der EU zuerst betreten haben.

Gaza: Israelischer Zivilist durch Beschuss aus dem Libanon getötet

An der Nordgrenze

(Von Israelnetz/ 15. Mai 2024) Hisbollah-Terroristen haben am Dienstag einen israelischen Zivilisten durch eine Panzerabwehr-Rakete getötet. Sie beschossen den Kibbuz Adomit an der Nordgrenze. Der Getötete stammt nicht von dort, sondern besuchte einen Freund in der Gegend. Indes eliminierte die Luftwaffe in der Nacht zum Mittwoch den Hisbollah-Kommandeur Hussein Ibrahim Mekki im Südlibanon. Im Gazastreifen beklagt Israel den ersten Gefallenen in Rafah: Bei Gefechten kam der 19-jährige Ira Jair Gispan am Dienstag ums Leben. Die Zahl der Gefallenen seit Beginn der Bodenoffensive beläuft sich nun auf 273. (df)

Indien: Christen beten für Versöhnung und Frieden

Spannungen in Manipur beeinträchtigen Wahlbeteiligung

Imphal (Fides) - In den christlichen Kirchen in Manipur beten die Gläubigen "für echte Versöhnung und Frieden", während in dem nordostindischen Bundesstaat die Spannungen nach der vor einem Jahr ausgebrochenen Gewalt zwischen den Volksgruppen noch immer zu spüren sind: Dies zeigte sich vor allem während der beiden Wahltage für das Bundesparlament (19. und 26. April), bei denen die Wahllokale fast völlig verwaist waren.

In den vergangenen Tagen hat die katholische Jugendorganisation von Manipur anlässlich des ersten Jahrestages der Gewalt, die am 5. Mai 2023 in dem Bundesstaat ausbrach zu einem Gebets- und Solidaritätstreffen in der St. Josephs-Kathedrale in Imphal aufgerufen. Die Erzdiözese Imphal hat alle Gläubigen der verschiedenen Gemeinschaften sowie alle Menschen guten Willens aus anderen Religionsgemeinschaften zu einer Zeit des Fastens und Betens eingeladen, um "die Bekehrung der Herzen zu erreichen, damit in Manipur wahrer Frieden gedeihen kann", und erinnert an den Beginn der Gewalt vor einem Jahr. Seitdem haben die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen zwei ethnischen Gemeinschaften (Meitei und Kuki) etwa 200 Tote und Tausende von Verletzten gefordert und die Zerstörung von 200 Dörfern und 7.000 Häusern, 360 christlichen Kirchen oder Kapellen und einigen Synagogen verursacht.

Derzeit lebt die Bevölkerung noch immer in von der Regierung des Bundesstaates und von NROs organisierten Behelfsunterkünften, in denen 60.000 Vertriebene untergebracht sind, während die beiden verfeindeten Gemeinschaften durch eine "Pufferzone" getrennt wurden - um eine erste Befriedung herbeizuführen -, aber die Spannungen schlummern weiter, da die Gründe für die Gewalt von den Politikern nicht gelöst wurden. Der Erzbischof von Imphal, Linus Neli, erinnerte an "diese schrecklichen und erschütternden Tage". "Wir sollten unsere Gebete für Frieden und Gerechtigkeit unter allen Menschen intensivieren", lautet seine Aufforderung.

Die „All Manipur Christian Organisation“ brachte unterdessen Gläubige aller Konfessionen in der „Tangkhal Baptist Church“ zusammen. Das Christliche Forum von Dimapur im Nachbarstaat Nagaland hielt ebenfalls ein Solidaritätsgebet für den Frieden in Manipur ab, um der Gewalt zu gedenken und zu einem tiefen Frieden aufzurufen. Die Gläubigen in anderen indischen Bundesstaaten der Erzdiözese Delhi schlossen sich der Feier im Geiste und im Gebet an.

Während die indische Föderation - je nach Ort an unterschiedlichen Wahltagen - den langen Prozess der Parlamentswahlen durchläuft, waren in Manipur angesichts des anhaltenden Klimas der Angst die Wahllokale fast menschenleer. Sogar die Kandidaten machten keinen Wahlkampf, weil sie von bewaffneten Gruppen bedroht wurden, während die Bevölkerung die Wahlurnen boykottierte, um gegen die Regierung des Bundesstaates und die Bundesregierung zu protestieren, die beschuldigt wurden, nicht genug getan zu haben, um die Gewalt zu beenden und die zugrunde liegenden Probleme anzugehen.

Der Konflikt geht im Wesentlichen auf Landrechtsfragen zurück, nachdem ein staatliches Gericht den Meitei, die 53 % der Bevölkerung ausmachen, dieselben Rechte auf einen "Stammesstatus" zuerkannt hat, die auch den Kuki, einer Gruppe, die weniger als 20 % der Bevölkerung ausmacht, zugestanden werden, und damit die Möglichkeit des Zugangs zu Landbesitz, der bisher ethnischen Minderheiten vorbehalten war. „Die Stimmenthaltung“, so lokale Quellen, "ist ein Signal an die Institutionen, die noch keine Lösung für das Problem gefunden haben“. In dem Bundesstaat mit 3,6 Millionen Einwohnern stehen nur zwei Sitze im 543 Sitze zählenden indischen Parlament zur Wahl, (PA) (Fides 13/5/2024)

Indien: Landesweit Übergriffe gegen Christen während Wahlen

Wahlkampfreden heizen Stimmung gegen religiöse Minderheiten an

(Open Doors, Kelkheim) – Vom 19. April bis zum 1. Juni finden in Indien die landesweiten Parlamentswahlen statt. Im Zuge des Wahlkampfes hat die Zahl antichristlicher Übergriffe spürbar zugenommen. Die Wahlkampfreden enthalten nicht nur Angriffe auf politische Gegner, sondern auch religiöse Minderheiten wie Christen oder Muslime werden dabei regelmäßig zum Ziel von Hassreden. Nachfolgend eine kleine Auswahl der jüngsten Vorfälle, bei denen Christen die Folgen des aufgeheizten Klimas zu spüren bekamen.

Massiver Druck auf Christen, zum Hinduismus zu konvertieren

Pastor Ravi* wurde zusammen mit einigen anderen Christen aus Zentralindien von religiösen Extremisten brutal angegriffen. Die Angreifer beschuldigten sie, Menschen bekehrt zu haben. Daraufhin verhaftete die Polizei die Christen. Nach einem Monat wurden sie alle gegen Kautionsfreilassung. Später versammelten sich extremistische Hindus in Ravis Dorf und verlangten von den Christen, ihren Glauben aufzugeben. Andernfalls würden sie geächtet und man würde ihnen den Zugang zu Wasser und Strom abschneiden. Dem Nachrichtenportal ETV Bharat zufolge setzten die Extremisten die Christen in dem Dorf so lange unter Druck, bis sich 152 von ihnen zum Hinduismus bekannten. Viele haben jedoch an Jesus festgehalten. Einige haben sich aus Angst zurückgezogen, andere haben das Dorf verlassen und sind mit ihren Familien in benachbarte Orte gezogen, um dem Druck zu entgehen. Die derzeitige Situation ist angespannt.

Ein Partner von Open Doors, Rahul Singh*, sagt: „In jedem Dorf werden Extremisten mit der Hindutva-Ideologie indoktriniert und für die Durchführung von Bekehrungen ausgebildet. Wir versuchen, die christliche Gemeinschaft mit Programmen und Schulungen zur Vorbereitung auf die Verfolgung zu erreichen. Die Kirche braucht weiterhin unser Gebet und unsere Unterstützung, um in schwierigen und herausfordernden Zeiten standhaft zu bleiben.“

Jeden Tag Vorfälle – kein einziger Staat für Christen sicher

Im Bundesstaat Punjab wurden Pastor Ramandeep* und sein Bruder Amandeep* wegen ihres Glaubens und ihres Dienstes von Sikh-Extremisten angegriffen. Ramandeep arbeitet seit 13 Jahren in diesem Ort. Seit sechs Monaten wird er von Extremisten bedroht und aufgefordert, seine Gemeindefunktion einzustellen. Amandeep wurde im vergangenen Monat auf dem Weg zu seiner Arbeit von 5–6 Extremisten zur Rede gestellt und mit Schwertern und Messern angegriffen. Ramandeep hörte den Aufruhr und stürzte los, um seinen Bruder zu verteidigen. Dabei erlitten beide so schwere Verletzungen an den Händen, dass einige ihrer Finger fast abgetrennt wurden.

Priya Sharma*, eine Partnerin von Open Doors, berichtet: „Jeden Tag werden Vorfälle gemeldet. Christen werden in ganz Indien verfolgt. Es gibt keinen einzigen Staat, der für sie sicher ist. Pastoren und andere Gläubige werden angegriffen, bedroht und unter falschen Anschuldigungen verhaftet, während Kirchen und christliche Einrichtungen angegriffen oder zur Schließung gezwungen werden. Der Hass und die Diskriminierung gegen die christliche Gemeinschaft sind ungebrochen.“

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2024](#) steht [Indien](#) an 11. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Name geändert

Quellen: ETV Bharat, Open Doors

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indien-landesweit-uebergriffe-gegen-christen-waehrend-wahlen?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240510

Indien: Oberster Gerichtshof entscheidet zugunsten des christlichen Bestattungsrechts

International Christian Concern - In einer bahnbrechenden Entscheidung, die Auswirkungen auf das Bestattungsrecht von Christen in ganz Indien haben wird, entschied das Oberste Gericht von Chhattisgarh in Zentralindien Ende April, dass ein Mann das Recht auf ein christliches Begräbnis auf seinem eigenen Land hat.

Der Mann, Ishwar Korram, 54, starb am 25. April in einem Krankenhaus der Region. Die örtliche Polizei hinderte Ishwars Sohn, Sarthik Korram, daran, seinen Vater wegen dessen christlichen Glaubens zu beerdigen. Die Führer von Ishwars mehrheitlich hinduistischem Dorf lehnten die Beerdigung ebenfalls ab und boten Menschen anderen Glaubens keinen Platz, um ihre Angehörigen zu bestatten.

Das Oberste Gericht wies die Einwände der Polizei und anderer örtlicher Behörden auf eine von Sarthik eingereichte Petition hin zurück.

Es wies die örtlichen Behörden an, dafür zu sorgen, dass Ishwars christliche Begräbnisrituale trotz des heftigen Widerstands der Dorfbehörden auf dem Grundstück seiner Familie stattfinden durften.

„Es ist bereits ein anerkannter Rechtsgrundsatz, dass Artikel 21 der indischen Verfassung das Recht einer Person auf ein würdiges Begräbnis beinhaltet“, so das Gericht in einer Erklärung. „Das Recht auf Leben beinhaltet ein sinnvolles Leben in Menschenwürde ... und dieses Recht erstreckt sich auch auf eine Person, die tot ist. Dieses Recht besteht bis zum Tod einer Person, was das Recht auf ein menschenwürdiges Leben bis zum Tod, einschließlich einer menschenwürdigen Sterbeprozedur, umfasst.“

In den Tagen vor der Entscheidung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Dorfbewohnern, die von hindunationalistischen Organisationen unterstützt werden, und christlichen Gruppen über das Recht auf ein christliches Begräbnis. Die Polizei versperrte den Zugang zum Dorf, um die Situation zu entschärfen.

Unter starkem Polizeischutz konnte Sarthik seinen Vater am 28. April auf dem Grundstück seines Vaters beerdigen.

Nach Ansicht von Mitgliedern der christlichen Seva Samiti des Distrikts Bastar ist die Entscheidung des Obersten Gerichts ein Sieg für die Christen, denen das Recht auf Beerdigung als eine Form der Verfolgung verweigert wurde. In Indien ist es üblich, dass hinduistische Dorfbewohner christlichen Familien das Recht verweigern, ihre Angehörigen zu bestatten, wenn sie nicht zum Hinduismus zurückkehren.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indonesien: Muslime stören Gottesdienst

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/16.05.24 - Ein lokaler Beamter und seine muslimische Familie haben letzte Woche den Gottesdienst der Hauskirche in einem Gebiet der Insel Java, Indonesien, gestört.

In dem Dorf Betiting in der Provinz Ost-Java, im Unterbezirk Cerme des Bezirks Gresik, stand der Leiter der Bürgervereinigung (Ketua Rukun Warga, oder RW) in der Gegend von Benowo zusammen mit Frau und Sohn am Mittwoch 8. Mai gegen 19 Uhr vor einer Hauskirche und rief den 30 Mitgliedern zu, den Gottesdienst zu beenden, wie aus Videoaufnahmen und Nachrichtenberichten hervorgeht.

Gabriella, eine der Gläubigen, sagte, die drei verlangten schreiend, den Gottesdienst zu beenden, so die Nachrichtenagentur Infogresik in einem Bericht von Akurat.co. Die westindonesische protestantische Kirche (Gereja Protestan di Indonesia Bagian Barat, oder GPIB), die sich in dem Haus in Cerme Indah Real Estate, Block P/36 RT 11 RW 03, traf, brach ihren Gottesdienst ab.

Der Gottesdienst sei nicht laut gewesen und habe seit 10 Jahren regelmäßig ohne Zwischenfälle stattgefunden, so Gabriella.

In einem Video der Auseinandersetzung, das in den sozialen Medien veröffentlicht wurde, identifiziert der Sprecher den Leiter der Bürgervereinigung als Yayak Hari Subagio.

"Auf den Videoaufnahmen war eine Familie zu sehen, die die Aktivitäten der GPIB-Mitglieder in Benowo unmittelbar störte", so der Sprecher. "Eine Familie, Yayak Hari Subagio und seine Frau Yayik Susilowati, eine öffentliche Bedienstete an der Cerme 1 Public High School, mit ihrem Sohn begannen zu schreien. Die Situation zog die Aufmerksamkeit der Anwohner auf sich. Sie versuchten, die Situation zu beruhigen".

Der Polizeichef von Cerme, Andik Asworo, bestätigte laut Beritasatu.com, dass die Auseinandersetzung am 8. Mai stattgefunden hat.

"Es handelte sich um eine Entlassung, nicht um eine Auflösung", sagte Andik Asworo und fügte hinzu, die Polizei ermittle und versuche, den Konflikt zu schlichten.

Sirojul Munir, ehemaliger Vorsitzender der Lamongan-Zweigstelle der Vereinigung der islamischen Studenten Indonesiens (Persatuan Mahasiswa Islam Indonesia, PMII) und jetzt Leiter einer Ansor-Zweigstelle im Bezirk Lamongan, Ostjava, sagte, es sei ungewöhnlich, dass der örtliche Beamte, der den Gottesdienst störte, nicht aus der unmittelbaren Nachbarschaft stammte, obwohl er für mehrere Stadtteile in der Gegend zuständig ist.

"Es ist schon seltsam genug, dass die Täter nicht aus der örtlichen Gemeinde stammen und somit einen Konflikt auslösen, der die Anwohner schockiert", sagte Sirojul gegenüber Morning Star News. "Es ist eine Schande, dass so etwas passiert ist, ganz zu schweigen davon, dass so etwas in den letzten 10 Jahren in der lokalen Gemeinschaft nicht vorgekommen ist."

"Vielleicht ist dies eine Erinnerung daran, dass das Forum für interreligiöse Harmonie (Forum Komunikasi Umat Beragama, FKUB) weiterhin die Werte religiöser Mäßigung, die Harmonie und Toleranz zwischen den verschiedenen Elementen der Gesellschaft fördern, vermitteln und fördern muss", sagte Sirojul.

In Indonesien, das mit 231 Millionen Menschen die größte muslimische Bevölkerung der Welt hat, kam es in den letzten 25 Jahren immer wieder zu Störungen christlicher Gottesdienste, darunter auch ein Messerangriff auf der Insel Java am 5. Mai.

Indonesien steht auf der Weltbeobachtungsliste 2024 von Open Doors an 42. Stelle der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Quelle: <https://morningstarnews.org/2024/05/muslim-family-disrupts-christian-worship-in-indonesia/>

Iran: Menschenrechtslage im Iran

Verhaftungen und Gewaltanwendung gegen unverschleierte Frauen

Das Regime der Islamischen Republik verfolgt eine frauenfeindliche Politik, um den Leib der Frau zu kontrollieren und ihre öffentliche Präsenz und ihren Einfluss durch Hijab-Zwang, ein Beschäftigungsverbot und Geschlechterapartheid einzuschränken.

1 – Weitverbreitete Verhaftungen und Gewaltanwendung gegen unverschleierte Frauen – Kurzmeldungen

Dem Noor-Plan zufolge setzt sich die neue Welle zunehmenden Drucks auf unverschleierte Frauen weiter fort. Jeden Tag werden zahlreiche, ganz normale Frauen verhaftet und ihre Namen werden nicht bekannt gegeben. Nur in einigen Fällen werden Videos vom Moment ihrer Festnahme auf der Straße von anderen Personen aufgenommen und veröffentlicht.

Einem Video zufolge wurde am 18. April 2024 eine junge Frau von mehreren Polizistinnen und Polizisten auf dem Enqelab-Platz in Teheran brutal festgenommen.

Einem anderen Video zufolge wurden am Sonntag, dem 28. April 2024, zwei 15-jährige Mädchen im Teenageralter in Teheran von der Sittenpolizei brutal verhaftet und in die Transporter der Sittenpolizei gezerrt. Die Unterstützung und der Widerstand der Menschen konnten ihre Verhaftung jedoch nicht verhindern.

In einem anderen Fall, am 24. April 2024, deutet ein in persischen sozialen Medien veröffentlichtes und geteiltes Video darauf hin, dass in Teheran-Pars, im Westen der Hauptstadt Teheran, eine Frau von der Sittenpolizei festgenommen wurde.

Nicht nur auf den Straßen, sondern auch in der U-Bahn in verschiedenen Provinzen wie Teheran und der nordostiranischen Provinz Razavi-Chorasan sind zahlreiche Beamte der Moralpolizei stationiert, um Frauen anzuhalten und sie an der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu hindern, und in vielen Fällen werden sie auch festgenommen.

2 – Marzieh Momeni, eine unverhüllte Geburtshelferin, ist jetzt in Haft

Am 26. April 2024 ging eine Frau ohne Hijab zum Beheshti-Justizkomplex in Teheran, um ihre Verfahren weiterzuverfolgen, wurde jedoch festgenommen. Einige Tage später, am 30. April, wurde ihre Identität bekannt. Ihr Name ist Marzieh Momeni. Sie ist Geburtshelferin und während der revolutionären Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ wurde ihre Praxis geschlossen und ihre Bankkonten gesperrt. Derzeit befindet sie sich in Untersuchungshaft und es gibt noch keine weiteren Details zu ihrem Status.

3 – Ein Friseursalon wurde geschlossen, nachdem er Frauen als Kundinnen angenommen hatte

Ein Friseursalon in der Stadt Baharestan, in der Provinz Teheran, wurde von der IRGC (Islamic Revolutionary Guard Corps) – dem Korps der Islamischen Revolutionsgarde – nur deshalb geschlossen, weil dort sowohl Frauen als auch Männer zur Kundschaft gehörten. Darüber hinaus wurde laut einer Meldung vom 25. April 2024 ein Verfahren gegen den Eigentümer eröffnet. Im Iran müssen Männer und Frauen aufgrund der Politik der Geschlechter-Apartheid des Regimes und der islamischen Regeln an vielen Orten, beispielsweise in Friseursalons, getrennt bedient werden. Sie können Dienstleistungen nur von Mitarbeitern des gleichen Geschlechts in Anspruch nehmen. Andernfalls gilt es als rechtswidrig und zieht Konsequenzen gegen sie nach sich.

4 – Die Aktivität von Menschen in ihren sozialen Medien haben rechtliche Konsequenzen

Der General- und Revolutionsstaatsanwalt der Stadt Zarand (in der zentraliranischen Provinz Kerman) gab bekannt, dass fünf Internetseiten aufgrund sogenannter „Verstöße gegen Normen und Verbreitung von Inhalten, die gegen die Moral und die öffentliche Bescheidenheit verstoßen“ gesperrt wurden. Es wurde nicht angegeben, auf welcher Anwendung und Plattform diese virtuellen Seiten aktiv waren. Aber normalerweise werden solche Zwangsmaßnahmen des Regimes gegen Seiten auf Instagram durchgesetzt. Zusätzlich zu dieser Sperrung wurden die Administratoren dieser Seiten laut einer Meldung vom 25. April 2024 vorgeladen und angeklagt. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe sind bislang noch nicht bekannt. Das Regime der Islamischen Republik übt eine strenge Kontrolle über die sozialen Medien und die Aktivitäten der Menschen dort aus, was auch die Meinungsfreiheit einschränkt.

5 – Verbot der Beschäftigung weiblicher Sekretärinnen in Regierungsabteilungen

Am 25. April 2024 verkündete der Gouverneur der westiranischen Provinz Kermanschah ein Beschäftigungsverbot für Frauen als Sekretärinnen in Ministerien und Organisationen und betonte, dass dieses innerhalb von zwei Wochen umgesetzt werden müsse. Die Beschränkungen für Frauen werden täglich verschärft, um sie dazu zu bringen, zu Hause zu bleiben und sie aus dem gesellschaftlichen Bereich zu verbannen.

Quelle: aus dem **IGFM-Bericht vom 06. Mai 2024**

Kenia: Überschwemmungen

Angesichts steigender Opferzahlen bitten Bischöfe um Solidarität mit Betroffenen

Nairobi (Fides) - Die Überschwemmungen, die Kenia seit März heimgesucht haben, haben bisher mindestens 289 Todesopfer gefordert, so die von den Behörden in Nairobi am 14. Mai vorgelegte Zahl.

Die Regenfälle könnten infolge des Zyklons Hidaya, der am 4. Mai das benachbarte Tansania heimsuchte, weiter anhalten. Kenia wurde durch den Wirbelsturm zwar nur geringfügig geschädigt, aber Meteorologen zufolge könnten Regenfälle und Überschwemmungen den ganzen Monat über anhalten. Zusätzlich zu den Todesopfern wurden durch die Überschwemmungen fast 293.000 Menschen obdachlos und die Ernten auf fast 10.000 Hektar zerstört.

Obwohl Meteorologen die Zunahme der Überschwemmungen mit dem Klimawandel in Verbindung bringen, sind einige Kenianer der Meinung, dass die Situation durch die mangelnden Investitionen der Regierung noch verschlimmert wurde. In Mathare beispielsweise, einer Siedlung am Stadtrand von Nairobi, führten die Einwohner die Überschwemmungen auf die schlechte Instandhaltung und die häufig verstopften Abwasserkanäle zurück, die zu einem Wasserstau führten. Die Regierung hat die Räumung von Häusern angeordnet, die an Flussufern oder an anderen Orten gebaut wurden, an denen ein hohes Risiko besteht, von den Fluten mitgerissen zu werden. Die Räumungsaktionen wurden jedoch von der Opposition kritisiert, die darauf hinwies, dass die Regierung keinen Umsiedlungsplan für die Menschen hat, die ihre Häuser verloren haben.

In ihrer Erklärung vom 7. Mai bezeichneten die kenianischen Bischöfe die Überschwemmungen unterdessen als "Katastrophe" und appellierten an die Regierung, schnell einzugreifen, um den Menschen zu helfen, die "mit den unmittelbaren Folgen dieser Katastrophe zu kämpfen haben", während "die anhaltenden Regenfälle die ohnehin schon schlimme Situation oft noch verschlimmern".

"Jetzt ist es an der Zeit, die für solche Krisen bereitgestellten Mittel wirksam zu nutzen", so die Bischöfe, „Wir rufen zu raschem Handeln auf, um Leben zu retten, Eigentum zu schützen und in Gebieten, in denen die Regenfälle abgeklungen sind, mit den notwendigen Wiederaufbau- und Sanierungsarbeiten zu beginnen".

"Erwachsene müssen dafür sorgen, die Sicherheit unserer Kinder zu gewährleisten, insbesondere in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten. Die Menschen sollten keine unnötigen Risiken eingehen. Wir bitten die Gemeinden inständig, wachsam und proaktiv zu sein, um alle Mitglieder zu schützen, insbesondere die Schwächsten", betonen die Bischöfe in der vom Vorsitzenden der Kenianischen Katholischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Kisumu Maurice Muhatia Makumba unterzeichneten Erklärung.

Die Bischöfe erinnern an die auf den Weg gebrachte Sammlung von lebensnotwendigen Gütern für die von den Überschwemmungen betroffenen Menschen und sagen: "Die Reaktion war bisher gut, aber wir rufen zu mehr Unterstützung auf, um den Menschen in verzweifelter Not zu helfen." "Lasst uns unsere Liebe und unser Mitgefühl durch großzügige Taten der Nächstenliebe zeigen und die Lehren Christi in unserem Handeln widerspiegeln", lautet die Einladung der Bischöfe.

(L.M.) (Fides 16/5/2024)

Kongo: Weitere Zusammenstöße

Nord- und Süd Kivu - zwischen Armee und M23

Kinshasa (Fides) - Zwei Menschen starben gestern, am 13. Mai, beim Beschuss des Dorfes Minova in der Region Kalehe in der Provinz Süd-Kivu, im Osten der Demokratischen Republik Kongo.

Nach Angaben eines führenden Vertreters der örtlichen Zivilgesellschaft kamen die Artilleriegranaten aus dem von den M23-Rebellen besetzten Gebiet in Masisi in der Nachbarprovinz Nord-Kivu. Zwei weitere Schüsse fielen in Kitalaga, zwei in Rudahuba und einer in Kiata.

Auch gestern kam es an mehreren Orten im Gebiet von Masisi zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen M23-Rebellen und Soldaten der kongolesischen Armee und ihren lokalen Verbündeten,

Der anhaltende Konflikt in Nord-Kivu droht auf die Nachbarprovinz überzugreifen. Die Zivilbevölkerung ist das Hauptopfer, das nun auch von schwerem Waffenfeuer getroffen wird, an dem es der M23, die von der Regierung in Kinshasa beschuldigt wird, von der ruandischen Armee unterstützt zu werden, offenbar nicht mangelt.

Unterdessen wurde am 11. Mai in der Pfarrei „Notre-Dame de Fatima“ in Kinshasa eine Messe zum Gedenken an die Opfer des Bombenanschlags vom 3. Mai auf zwei Flüchtlingscamps in Lac Vert und Mugunga in der Nähe von Goma, der Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu, gefeiert. Nach dem letzten Stand der Dinge gibt es 18 Tote und 32 Verletzte.

In seiner Predigt verurteilte Pfarrer Eric Mashako das, was er als „Kriegsverbrechen“ ansieht, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, zu intervenieren, um dem Drama im Osten der Demokratischen Republik ein Ende zu setzen. Joseph Nkinzo, Sprecher der Persönlichkeiten und Gemeinschaften von Groß-Kivu, betonte die Bedeutung der nationalen Einheit in diesen schwierigen Zeiten und sagte, dass alle Kongolesen die göttliche Gnade für den Frieden im Osten des Landes erleben sollten.

(L.M.) (Fides 14/5/2024)

Mosambik: Dschihadistischer Angriff in den frühen Morgenstunden

im Distrikt Macomia: Bevölkerung flieht in den Wald

Maputo (Fides) - Seit den frühen Morgenstunden des heutigen 10. Mai ist ein Angriff von Dschihadisten, die mit dem Islamischen Staat in Verbindung stehen, im Bezirk Macomia in der nördlichen mosambikanischen Provinz Cabo Delgado im Gange.

Lokale Quellen beschreiben die Situation als traumatisch, denn gegen 5 Uhr morgens drangen etwa 500 Dschihadisten in den Bezirk Xinavane in der Provinzhauptstadt Macomia ein und begannen zu schießen. Die in Panik geratene Bevölkerung flüchtete in den Wald.

Unterdessen hat sich der Islamische Staat den letzten Tagen zu Angriffen auf zwei Dörfer im Bezirk Chiúre in der Provinz Cabo Delgado bekannt. Bei dem Angriff auf das Dorf Siripa am 6. Mai haben die Dschihadisten nach eigenen Angaben zwei Kirchen, eine Schule und mehr als 190 Häuser niedergebrannt.

Örtlichen Quellen zufolge befinden sich in den Reihen der Dschihadisten neben Einheimischen auch Ausländer, insbesondere Bürger aus der Demokratischen Republik Kongo.

Diese Angriffe finden zu einem Zeitpunkt statt, zu dem der schrittweise Rückzug der Truppen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) aus der Provinz Cabo Delgado im Gange ist.

Die SADC-Mission in Mosambik (SAMIM) ist seit Mitte 2021 in Cabo Delgado präsent, und im August 2023 genehmigte die SADC eine Verlängerung um weitere 12 Monate bis Juli 2024 gemäß einem gestaffelten Abzugsplan.

Das erste Kontingent, das abgezogen wurde, war das von Botswana am 5. April, gefolgt von den Truppen Südafrikas und Lesothos am 7. April.

Der einzige SAMIM-Partner, der noch Truppen vor Ort hat, ist Tansania, das ein separates bilaterales Sicherheitsabkommen mit Mosambik hat, das über das offizielle Ende der SAMIM-Mission am 15. Juli hinaus bestehen bleiben könnte.

Südafrika hat mit der Entsendung von rund 1.500 Soldaten nach Cabo Delgado den größten Beitrag geleistet und ist für die Sicherheitsmaßnahmen im Bezirk Macomia selbst zuständig.

Die mosambikanische Regierung beabsichtigt, das SAMIM-Kontingent durch eine Verstärkung des ruandischen Militärs (das ebenfalls im Rahmen eines separaten Abkommens in Mosambik präsent ist) und durch die Stärkung lokaler Milizen zu ersetzen.

(L.M.) (Fides 10/5/2024)

Mosambik: Lebensmittelvorräte geplündert

Angriff auf Macomia

Maputo (Fides) - Über den Angriff auf Macomia, Hauptstadt des gleichnamigen Distrikts in der nördlichen mosambikanischen Provinz Cabo Delgado (vgl. Fides 10/5/2024), sind neue Details bekannt geworden.

Die Wirtschaft in Macomia war im Aufschwung, nachdem die Operationen der Militärmission der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC), des ruandischen Kontingents und der mosambikanischen Armee die Kontrolle über die Provinz zurückgewonnen zu haben schienen.

Doch während Tansania seine Verteidigung und die Kontrolle der Bewegungen jenseits seiner Grenzen verstärkte, die Ruander in Mocímboa da Praia und Palma für Sicherheit sorgten und die mosambikanische Armee in den übrigen Regionen operierte, richteten die Dschihadisten erneut ihre Aufmerksamkeit auf die Bezirke, die sich von der Zerstörungs- und Plünderungswelle der letzten sechs Jahre erholten.

In Macomia waren in den letzten Tagen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zusammengekommen, die auf dem wichtigen Markt der Stadt verkauft wurde. Darüber hinaus befinden sich in der Stadt wichtige Einrichtungen und Lager mehrerer internationaler humanitärer Organisationen, die in der Region tätig sind. Bei dem Angriff am 10. Mai erbeuteten die Dschihadisten Lebensmittel aus privaten Geschäften und aus dem Lager des Welternährungsprogramms (WFP), die dann auf mindestens zehn von den humanitären Organisationen gestohlene Fahrzeuge verladen wurden.

Dem Angriff ging die Infiltration dschihadistischer Elemente unter die örtliche Bevölkerung und die Vertriebenen voraus, was dem mehr als 100 Mann starken Kommando, das gegen 4.30 Uhr die Stadt stürmte, das Vorankommen erleichterte. Nach Angaben von Einwohnern der Stadt verfügten die Dschihadisten über genaue Informationen über die Aufstellung der Sicherheitskräfte, die sie nicht nur von Infiltratoren, sondern möglicherweise auch von korrupten Elementen innerhalb des Militärs erhalten hatten. Die Soldaten erlitten schwere Verluste, mindestens 18 Soldaten kamen ums Leben.

Die Dschihadisten scheinen eine beschwichtigende Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung eingenommen zu haben. Einerseits gestatteten sie ihnen, sich an den Plünderungen zu beteiligen, andererseits riefen sie zu einer Kundgebung auf, auf der sie behaupteten, nicht auf sie, sondern nur auf das Militär wütend zu sein, und sich sogar für den entstandenen Schaden entschuldigten.

Gegen 13.00 Uhr zogen sich die Kommandos aus Macomia zurück, wobei sie die für das Gebiet Mucojo, das sich noch in den Händen der Rebellen befindet, bestimmten Lebensmittel und einige Geiseln, die unter den Mitarbeitern einiger NROs genommen wurden, mitnahmen.

(L.M.) (Fides 15/5/2024)

Mosambik: Zwei dschihadistische Anschläge innerhalb von zwei Tagen

im Norden des Landes

Maputo (Fides) – Dschihadiste Kämpfer, die dem Islamischen Staat nahestehen, haben innerhalb von zwei Tagen zwei große Anschläge in der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks verübt. Dem Angriff auf Macomia (Hauptstadt des gleichnamigen Bezirks) am 10. Mai (vgl. Fides 10/5/2024) folgte am Sonntag, 12. Mai, der Angriff auf das Dorf Missufine im Bezirk Ancuabe, der gegen 18 Uhr Ortszeit begann und mindestens vier Stunden dauerte, so dass die Bevölkerung gezwungen war, das Dorf fluchtartig zu verlassen.

Unterdessen ist in der Zwischenzeit die Bevölkerung von Macomia in die Stadt zurückgekehrt, nachdem die Dschihadisten, die sie besetzt hatten, sie wieder verlassen hatten.

Bei ihrem Angriff auf Macomia hatten die Dschihadisten, mindestens 100 an der Zahl, auch den örtlichen Stützpunkt des südafrikanischen Kontingents der Mission der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika in Mosambik (SAMIM) angegriffen, die sich im Begriff befindet, sich zurückzuziehen (vgl. Fides 10/5/2024). Die meisten der südafrikanischen Soldaten hatten sich bereits nach Pemba (der Provinzhauptstadt 130 km südöstlich entlang der Küste) zurückgezogen, um bis Juli das Land zu verlassen. Ein kleines Kontingent südafrikanischer Soldaten blieb auf dem Stützpunkt Macomia. Nach dem Dschihadistenangriff schickte das südafrikanische Militär Verstärkung aus Pemba.

Nach Angaben der Sicherheitskräfte griffen die Dschihadisten Macomia in vier Gruppen aus verschiedenen Richtungen an. Eine Quelle berichtet, dass ein Kontingent der ruandischen Verteidigungskräfte, das in Mocimboa da Praia, der Küstenstadt nordöstlich von Macomia, stationiert ist, ebenfalls versuchte, einzugreifen, aber von einem starken Rebellenkontingent aufgehalten wurde.

Der mosambikanische Präsident Filipe Nyusi und das Verteidigungsministerium haben den Angriff auf Macomia ebenfalls bestätigt, scheinen aber die Abwehr des Angriffs ausschließlich der mosambikanischen Armee zuzuschreiben.

Ärzte ohne Grenzen weist darauf hin, dass "sechs Jahre nach dem Beginn des Konflikts in Cabo Delgado die Menschen immer noch in Angst leben und die Gewalt nicht nachgelassen hat. Der Konflikt hat Tausende von Menschen in der Provinz vertrieben. Zwischen dem 8. Februar und dem 3. März flohen fast 6.000 Menschen aus Macomia".

Unterdessen prüft der französische Energieriese „TotalEnergies“ die Möglichkeit, die Arbeiten an einem 20 Milliarden Dollar teuren Flüssiggasprojekt in der Provinz Cabo Delgado wieder aufzunehmen. Das Projekt wurde bereits 2021 wegen der von Dschihadisten verursachten Instabilität ausgesetzt.

(L.M.) (Fides 13/5/2024)

Myanmar: Luftangriffe der regulären Armee

Zwei Kirchen im Staat Chin getroffen

Kalay (Fides) - Luftangriffe der regulären burmesischen Armee trafen eine katholische Kirche und eine Baptistenkirche im Dorf Lungtak in der Stadt Tonzang im burmesischen Bundesstaat Chin im Westen Myanmars. Bei dem Bombardement, das zwischen dem 11. und 12. Mai stattfand, wurden auch fünf Häuser zerstört, und die Dorfbewohner sind seither verängstigt. Wie lokale Fides-Quellen bestätigten, untersteht die betroffene katholische Kirche der katholischen Diözese Kalay, und der örtliche Gemeindepfarrer Titus En Za Khan konnte zusammen mit den Gläubigen in die umliegenden Wälder entkommen. "Die Gewalt hat weiterhin Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, insbesondere im Gebiet von Sagaing, das zum Teil zur Diözese Kalay gehört", so eine lokale katholische Beobachter gegenüber Fides.

Das Dorf Luntak wurde von der burmesischen Luftwaffe angegriffen, um Rebellengruppen auszuschalten, und wurde dann zusammen mit zwei anderen Dörfern von birmanischen Truppen besetzt. Die reguläre Armee geht gegen die Kämpfer der „Chin National Army“ (CNA) und der „Zomi Revolutionary Army“ (ZRA), einer weiteren lokalen Militärformation, vor. Wie die "Chin Human Rights Organisation" (CHRO), eine NRO mit besonderem Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, feststellt, hält die Gewalt im Bundesstaat Chin mit seiner christlichen Mehrheitsbevölkerung (86 % der Gesamtbevölkerung) an, und es herrscht eine schwere humanitäre Krise unter der Zivilbevölkerung.

In dieser Phase des Konflikts - angesichts der militärischen Erfolge der Widerstandskräfte, bei denen sich die Armeen der ethnischen Minderheiten mit den Volksverteidigungskräften im Kampf gegen die Militärjunta, die mit dem Staatsstreich von 2021 an die Macht gekommen ist, zusammengeschlossen haben - verstärkt die reguläre birmanische Armee in dem Versuch, wieder an Boden zu gewinnen, die Bombardierungen aus der Luft, was zu wahllosen Angriffen auf Häuser, Schulen und Kirchen der Zivilbevölkerung führt und die humanitäre Lage in vielen Gebieten des Landes verschlechtert.

Die Armeen der ethnischen Minderheiten, die sich seit der Unabhängigkeit im Kampf gegen die Zentralregierung organisiert haben, leisten nun einen wichtigen Beitrag zu dem anhaltenden Konflikt. Dazu gehören die „Kachin Independence Army“ (KIA) im Staat Kachin, die „Arakan Army“ (AA) im Staat Rakhine die „Ta'ang National Liberation Army“ (TNLA) und die „Myanmar National Democratic Alliance Army“ (MNDAA) im Staat Shan, die „Karenni National Progressive Party“ (KNPP), die „Karenni Nationalities People's Liberation Front“ (KNPLF) und die „Karenni Nationalities Defence Force“ (KNDF).

Insbesondere im Bundesstaat Chin an der Grenze zu Indien und Bangladesch haben Widerstandskämpfer aus den Gebieten Chin, Magwe und Rakhine in den letzten Wochen die Stadt Kyindwe in den Chin-Hügeln des Arakan-Gebirges eingenommen, die für die Kontrolle des Gebiets von strategischer Bedeutung ist.

(PA) (Fides 15/5/2024)

Myanmar: Über drei Millionen Vertriebene

Infolge des Bürgerkriegs

Yangon (Fides) - Die Zahl der Vertriebenen in Myanmar hat sich in den letzten sechs Monaten verdoppelt und die Gesamtzahl hat sich auf über 3 Millionen erhöht, sagte Stephen Anderson, UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in dem südostasiatischen Land in einer Erklärung, die auf die wachsende humanitäre Krise im Lande hinweist. Die Zahl der Vertriebenen in Myanmar ist insbesondere seit Oktober letzten Jahres dramatisch angestiegen, als der bewaffnete Widerstand der Volksverteidigungskräfte und mehrerer anderer ethnischer Gruppen, die sich gegen den Militärputsch im Februar 2021 erhoben hatten, im Norden und Westen des Landes zunahm. Die Kämpfe sind eskaliert, und die Regierungstruppen haben massive Vergeltungsmaßnahmen eingeleitet, unter denen die Zivilbevölkerung sehr zu leiden hat.

Laut der UN-Erklärung sind seit der Machtübernahme durch die Armee mehr als 2,7 Millionen Menschen aus ihren Häusern geflohen, mehr als ein Drittel davon sind Kinder. Die Vereinten Nationen beklagen, dass die Hälfte der Vertriebenen in Myanmar aus den nordwestlichen Regionen Chin, Magway und Sagaing stammt und dass der Zugang zu Bildung und angemessener Ernährung für diese Kinder sehr schwierig ist, was ihre Zukunft gefährdet.

"Vertriebene kämpfen in einer weit verbreiteten humanitären Krise ums Überleben, die insgesamt 18,6 Millionen Menschen im Land in Not gebracht hat. Das ist eine Million mehr als im Vorjahr. Unter den Bedürftigen befinden sich 6 Millionen Kinder", heißt es in der Erklärung weiter. „Gegenwärtig ist fast ein Drittel der 54 Millionen Einwohner des Landes auf dringende humanitäre Hilfe angewiesen".

Die birmanische Armee kämpft unterdessen gegen ethnische Karen-Kämpfer, um die Kontrolle über die Stadt Myawaddy nahe der thailändischen Grenze wiederzuerlangen. Die Stadt gilt als strategisch wichtig, da sie das wichtigste Handelszentrum mit Thailand ist.

Nach Schätzungen unabhängiger Organisationen wurden seit Februar 2021 in Myanmar mehr als 6.000 Zivilisten getötet. Mehr als 20.000 Menschen sind aus politischen Gründen inhaftiert, darunter auch die demokratische Politikerin Aung San Suu Kyi, die eine 27-jährige Haftstrafe wegen angeblicher Korruption verbüßt.

(PA) (Fides 10/5/2024)

Nigeria: Entführung von Schülern

über 1680 Entführungen in den letzten 10 Jahren

Abuja (Fides) - Neun Studierende sind immer noch in der Hand der Entführer, die am 9. Mai die „Confluence University of Science and Technology (CUSTECH)“ in Osara im Bundesstaat Kogi im Norden Nigerias überfallen haben.

Eine unbekannte Anzahl bewaffneter Männer drang in einen Hörsaal ein, in dem sich Studenten auf ihre für den 13. Mai angesetzten Erstsemesterprüfungen vorbereiteten. Nachdem sie die Studenten eingeschüchtert und mehrere Schüsse in die Luft abgegeben hatten, flohen die Entführer und nahmen 24 Studenten mit.

Am Sonntag, den 12. Mai, gab die Polizei bekannt, dass 15 der entführten Studenten nach einem heftigen Kampf zwischen den Sicherheitskräften und der Bande freigelassen wurden. Zurzeit befinden sich also noch neun Jungen in der Hand der Entführer.

In Nigeria greifen Terroristen und bewaffnete Banden häufig Schulen und akademische Einrichtungen an, um Schüler und Studenten und manchmal auch Lehrkräfte zu entführen.

Nach Angaben des UNICEF-Vertreters in Nigeria, Cristian Munduate, wurden in den zehn Jahren seit der Entführung von 276 Schülerinnen in Chibok in der Nacht vom 14. auf den 15. April 2014 mehr als 1.680 Schüler und Schülerinnen bei verschiedenen Angriffen auf Schulen entführt.

Laut Munduate hat neben den Schülern und Schülerinnen auch das Schulpersonal in diesen zehn Jahren einen hohen Tribut an Opfern und Entführungen durch bewaffnete Banden zu beklagen: 60 Entführte und 14 Tote bei mehr als 70 Angriffen auf Schulen.

(L.M.) (Fides 14/5/2024)

Pakistan: Christin in Häckselmaschine verletzt. Anzeige verhindert

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/16.05.24 - Saima Bibi servierte den Gästen ihres Hauses in der pakistanischen Provinz Punjab gerade Tee, als ihr muslimischer Arbeitgeber sie nach draußen zertrte und sie in eine elektrische Häckselmaschine stieß, die ihr das Ohr abriss und den größten Teil ihrer Kopfhaut abtrennte, so ihr Ehemann.

Die 24-jährige Christin und Mutter zweier Kinder arbeitete im vergangenen Monat zusammen mit ihrem Ehemann Shahzad Masih auf der Farm zweier muslimischer Grundbesitzer im Dorf Ram Diwali Chak Nr. 6 im Bezirk Faisalabad, sagte er. Verwandte seien am 12. April, dem dritten Tag des muslimischen Festes Eid Al-Fitr, zu Besuch gekommen, so Masih.

Seine Frau war gerade dabei, Tee für sie zu kochen, als einer der Grundbesitzer, Muhammad Mustafa, kam und sie tadelte, weil sie kein Futter für das Vieh gemäht hatten.

"Ich bin sofort aufgestanden und habe angefangen, das Futter mit dem elektrischen Häcksler zu schneiden. Als meine Frau nach draußen kam, um mir Tee zu geben, fing Mustafa an, sie zu beschimpfen und sagte ihr, sie solle sich an die Arbeit machen", so Masih gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Als Saima sagte, dass sie in 10 Minuten mit der Arbeit beginnen würde, zog Mustafa sie an den Haaren und stieß sie in Richtung des Häckslers, so dass sie stürzte und mit dem Kopf in die laufende Maschine schlug."

Neben den Wunden an ihrem rechten Ohr und der Kopfhaut verletzte der Häcksler auch ihr rechtes Auge, sagte er.

"Blut sprudelte aus Saimas Kopf, und sie schrie vor Schmerzen", sagte Masih. "Als Mustafa sie blutüberströmt sah, floh er vom Tatort."

Ihre Schreie riefen zahlreiche Dorfbewohner auf den Plan, darunter auch den anderen muslimischen Landbesitzer, Muhammad Imran, der sie in seinem Auto in ein Krankenhaus brachte, so Masih. Als sie das Government Allied Hospital erreichten, warnte Imran sie jedoch, zu erzählen, wie sie verletzt worden war.

"Imran drohte mir mit noch ernsteren Konsequenzen, wenn wir nicht sagen würden, dass es sich um einen Unfall handelte", sagte er. "Saima hatte große Schmerzen, und natürlich war es meine Priorität, sie sofort behandeln zu lassen. Die Ärzte leisteten ihr erste Hilfe und verlegten sie in die Abteilung für plastische Chirurgie, wo sie immer noch behandelt wird."

Der katholische Arbeiter sagte, er habe am 24. April versucht, bei der Polizeistation von Nishatabad in Faisalabad eine Anzeige gegen Mustafa zu erstatten, aber die Beamten hätten sich geweigert, sie anzunehmen.

"Wir waren mit der Behandlung von Saima beschäftigt, deshalb konnte ich nicht früher eine Beschwerde einreichen", sagte Masih. "Als ich zur Polizei ging, zögerten sie, eine Anzeige gegen Mustafa zu erstatten, weil er sie beeinflusst hatte. Stattdessen setzten sie mich unter Druck, den Antrag zurückzuziehen und die Angelegenheit direkt mit dem Beschuldigten zu regeln. Es ist jetzt fast einen Monat her, dass wir versucht haben, einen First Information Report [FIR] zu registrieren."

Rechtsanwalt Akmal Bhatti, Vorsitzender der Minorities Alliance Pakistan, sagte, die geschädigte Familie habe sich an ihn gewandt, um Gerechtigkeit zu erlangen.

"Die Untätigkeit der Polizei und die Voreingenommenheit gegenüber dem Minderheitenstatus des Opfers sind ein Beispiel für die systemischen Herausforderungen und diskriminierenden Praktiken, die in der ländlichen Polizeiarbeit vorherrschen", sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Bhatti sagte, er habe beim Sitzungsgericht in Faisalabad eine Petition eingereicht, in der er die Polizei aufforderte, einen Fall gegen Mustafa zu registrieren und rechtliche Schritte gegen ihn einzuleiten. "Ich habe auch Anträge bei hochrangigen Polizeibeamten eingereicht, um sie über die vorsätzliche Fahrlässigkeit ihrer Untergebenen zu informieren, damit Saima Zugang zur Justiz erhält."

Bhatti sagte, die Muslime hätten auch die gerichtsmedizinische Untersuchung von Saima Bibi behindert, was zu einer unangemessenen Verzögerung geführt habe.

"Die medizinische Untersuchung ist endlich abgeschlossen, und jetzt warten wir darauf, dass die Polizei eine Anzeige aufnimmt und die Angeklagten verhaftet", sagte er. "Die Täter haben versucht, den Vorfall als Unfall darzustellen und alle ihre politischen und finanziellen Möglichkeiten genutzt, um die Ausstellung des rechtsmedizinischen Gutachtens zu verhindern, das für die Verfolgung des Falles unerlässlich ist.

Der Anwalt sagte, der Vorfall unterstreiche die tief verwurzelten Probleme der Intoleranz und Diskriminierung von Christen.

"Saimas Fall zeigt, wie verletzlich religiöse Minderheiten, insbesondere Frauen, in ländlichen Gegenden sind, in denen Machtdynamik und gesellschaftliche Hierarchien oft zu Ungerechtigkeit und Straflosigkeit führen", sagte er und fügte hinzu, dass es dringend umfassender gesetzlicher Reformen, der Durchsetzung bestehender Schutzmaßnahmen und Initiativen zur Einbeziehung der Gemeinschaft bedarf, um religiöse Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten in Pakistan zu bekämpfen.

"Wir fordern, dass die Behörden ihre Bemühungen zur Ergreifung der Angeklagten beschleunigen und sicherstellen, dass die Opfer Gerechtigkeit erfahren", sagte er.

Pakistan steht wie im Vorjahr auf der Open Doors World Watch List 2024 an siebter Stelle der schwierigsten Orte, um Christ zu sein.

morningstarnews.org/2024/05/justice-denied-christian-woman-cast-into-chaff-cutter-in-pakistan/

Pakistan: Zwangsheirat annulliert – Reeha Saleems Kampf um Gerechtigkeit

Gerichtsurteil bringt Hoffnung für zwangsverheiratete, zwangskonvertierte Christinnen in Pakistan

IIRF-D/ADF/Tübingen/16/05/2024 - Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International spezialisiert sich auf rechtlichen Beistand für Menschen, deren Rechte auf Religionsfreiheit beschnitten oder gefährdet werden. Hier berichten sie von einem Fall ähnlich dem von Sheeza Maqsood, einem 16-jährigen christlichen Mädchen aus Bismillahpur bei Faisalabad ([wir berichteten](#)):

»Vergangene Woche annullierte das Familiengericht von Pattoki in Pakistan die Zwangsehe von Reeha Saleem. Das Gericht stellte fest, dass Reeha ihren Entführer nicht freiwillig geheiratet hatte und dass ihre Unterschrift auf der Heiratsurkunde während ihrer Gefangenschaft erzwungen worden war. Im Laufe des Verfahrens bestritt Reeha, zum Islam konvertiert zu sein, und bekräftigte ihren christlichen Glauben. Der Angeklagte, Muhammad Abbas, erhielt mehrere Vorladungen, kam diesen jedoch nicht nach, woraufhin die Entscheidung in seiner Abwesenheit gefällt wurde.

„Wir hatten in dieser Zeit mit unbeschreiblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Unter anderem waren wir gezwungen, unterzutauchen, um Reehas Entführer zu entkommen, der die Familie immer wieder bedrohte, damit er „seine Frau“ zurückbringt. Wir litten auch unter einem abrupten Ende von Reehas Ausbildung. Ich hoffe, dass meine Tochter nach der Entscheidung des Gerichts, die illegale Ehe für ungültig zu erklären, wieder zur Schule gehen kann und dass unser Leben zur Normalität zurückkehrt. Ich bin ADF International und ihrer Partneranwältin zutiefst dankbar, dass sie Gerechtigkeit für Reeha erwirkt haben, und ich bete dafür, dass unser Land diesen Missbrauch beendet“, sagte Parveem Saleem, Reehas Mutter.

„Wir sind überglücklich, dass das Gericht die Zwangsehe von Reeha annulliert hat und dass sie endlich diese Tortur hinter sich lassen kann. Kein Mädchen sollte die Schrecken der Entführung und Zwangsheirat erleiden und darüber hinaus gezwungen werden, ihren Glauben aufzugeben. Wir hoffen, dass die Annullierung der Zwangsheirat von Reeha ein positiver Schritt für Tausende von Frauen und Mädchen in Pakistan hat, die mit ähnlichen Prüfungen konfrontiert sind. Es ist an der Zeit, dass die pakistanische Regierung stärker eingreift und das Mindestalter für die Eheschließung landesweit auf 18 Jahre festlegt, um solche Zwangsheiraten und -konversionen zu verhindern“, sagte Tehmina Arora, Leiterin der Rechtsabteilung in Asien für ADF International.

ADF International hat sich in den Fall eingeschaltet und unterstützte die rechtliche Verteidigung und die Anwältin der Familie in ihren Bemühungen, die islamische Ehe von Reeha zu annullieren.

„Sie sagten, sie würden mir Säure ins Gesicht schütten, wenn ich ihnen nicht gehorche. Später sagte man mir, ich hätte unterschrieben, dass ich mich von meinem Glauben lossage und dass ich nun mit Abbas verheiratet sei... meinem Nachbar, der mich seit Jahren schon belästigte und sexuelle Annäherungen machte.“

- Reeha Saleem

Details zum Fall

Das christliche Mädchen Reeha Saleem war 16 Jahre alt und in der achten Klasse, als sie von ihrem muslimischen Nachbar Muhammad Abbas entführt wurde. Die Entführung geschah am 13. November 2019 auf Reehas Nachhauseweg von der Schule in Gujrat, einem Bezirk in Pakistan.

„Es regnete stark, so dass ich eine Rikscha nach Hause nehmen musste. Unterwegs zwangen mich Abbas und drei seiner Freunde aus meiner Rikscha aus- und in ihre Rikscha einzusteigen. Sie drohten mich zu töten, wenn ich mich weigern sollte. Ich hatte Angst und war verwirrt“, sagt die jetzt 19-jährige Reeha. Nach Angaben des Opfers brachten die vier Männer sie an einen unbekanntem Ort und zwangen sie, ihre Daumenabdrücke auf ein Stück Papier zu pressen.

„Sie sagten, sie würden mir Säure ins Gesicht schütten, wenn ich ihnen nicht gehorche. Später sagte man mir, ich hätte unterschrieben, dass ich mich von meinem Glauben lossage und dass ich nun mit Abbas verheiratet sei... meinem Nachbar, der mich seit Jahren schon belästigte und sexuelle Annäherungen machte.“ Nachdem Reeha zum Islam konvertiert und zwangsverheiratet worden war, wurde sie zwei Monate von ihrem Entführer/Ehemann gefangen gehalten und von ihm und seinen Freunden vergewaltigt. Vergewaltigung in der Ehe ist in Pakistan bis heute nicht verboten.

„Ich wurde von meinen Entführern zur Ehe gezwungen. Sie vergewaltigten mich, schlugen mich, und hielten mich in einem Raum eingesperrt. Sie nahmen mich auch auf Reisen mit, aber ich kenne keine der Städte, die wir besuchten“, erinnert sich Reeha. Die Misshandlungen gingen weiter, bis es ihr gelang, zu entkommen und zu ihrer Mutter Parveen Saleem zurückzukehren. Die Flucht gelang, als ihre Entführer mit einigen Gästen beschäftigt waren und vergaßen, eine Tür abzuschließen. „Ich rannte so schnell ich konnte und fand einen Mann, der mir half, eine Rikscha zu bekommen, da es in der Nähe des Hauses, in dem ich festgehalten wurde, keine gab. Er ließ mir auch sein Telefon, damit ich meine Mutter anrufen konnte.“

Reeha wird auch nach ihrer Flucht terrorisiert: Abbas und seine Komplizen bedrohen nach wie vor ihre alleinstehende Mutter und ihren jüngeren Bruder. „Ich möchte das Haus wie eine normale 19-Jährige verlassen können. Ich möchte studieren und meine Ausbildung fortsetzen wie andere Frauen in meinem Alter. Sie sagen, sie würden mich umbringen oder mir Säure ins Gesicht schütten, sobald sie mich wieder sehen“, sagt sie. Die Drohungen haben Reeha nicht davon abgehalten, einen höheren Sekundarschulabschluss an einer Abendschule zu machen. Ihre Mutter bangt aber jeden Tag um das Leben ihrer Tochter und des jüngeren Sohnes.

ADF International hat sich in den Fall eingeschaltet und unterstützt die Anwältin der Familie, Sumera Shafique, in ihren Bemühungen die islamische Ehe von Reeha zu annullieren.

Obwohl Kinderehen in Pakistan illegal sind, werden dort jedes Jahr mehr als 1.000 Mädchen entführt, zwangskonvertiert und mit muslimischen Männern verheiratet, die viel älter sind als sie. Die meisten Mädchen sind zwischen 12 und 15 Jahre alt. Dies ist möglich, weil das Heiratsalter nach der Scharia (sobald das Mädchen die Pubertät erreicht) niedriger ist als das offizielle Heiratsalter in Pakistan (16 Jahre).

Die Zwangsheirat, die mit der Zwangskonversion einhergeht, gefährdet die physische und psychische Integrität Tausender junger Mädchen. Diese untragbare Praxis behindert ihr Grundrecht auf Bildung, Gesundheit und Religionsfreiheit. Mädchen, die religiösen Minderheiten angehören, sind besonders gefährdet – und oftmals weigern sich die Behörden schlichtweg, ihnen zu helfen.

„Es ist bedauerlich, dass das Vertragsgesetz jede Person unter 18 Jahren als minderjährig einstuft, gleichzeitig aber ein Mädchen schon mit 16 Jahren einen Ehevertrag in Punjab abschließen kann. Reeha war nach den Kinderehegesetzen der Provinz volljährig, aber sie ist nicht die rechtmäßige Ehefrau von Abbas, da sie entführt und gezwungen wurde, ihre Religion zu wechseln und die Heiratsurkunde zu unterschreiben. Aus diesen Gründen haben wir beim Gericht die Aufhebung der Ehe beantragt“, sagte Shafique.«

Quelle: https://adfinternational.org/de/fall/reeha-saleem?utm_source=ADF+International&utm_campaign=0bde1348b6-DE_NL_Paivi-supreme-court_20240508_COPY_01&utm_medium=email&utm_term=0_7732cae558-0bde1348b6-95020139&mc_cid=0bde1348b6&mc_eid=89cf7c7010

Philippinen: Politische Allianz tritt in einziger Region mit muslimischer Mehrheit zu den Wahlen an

International Christian Concern - Es wird erwartet, dass die Ergebnisse der Wahlen im nächsten Jahr enorme Auswirkungen auf die Lage der Christen in der Autonomen Region Bangsamoro in Muslim Mindanao (BARMM) - der einzigen mehrheitlich muslimischen Provinz auf den Philippinen - und in der gesamten Region Mindanao haben werden.

BARMM wurde 2019 nach jahrzehntelangen heftigen Kämpfen zwischen der philippinischen Regierung und zahlreichen muslimischen und kommunistischen Rebellengruppen in Mindanao, der südlichsten Inselgruppe der Philippinen, gegründet.

Die wichtigste Kraft hinter der Bildung der BARMM ist die Moro Islamic Liberation Front (MILF). Sie und andere Gruppen, die mit der Gruppe Islamischer Staat (ISIS) in Verbindung stehen, waren an zahlreichen Verfolgungen von Christen in der Region beteiligt, darunter der Bombenanschlag vom Dezember 2023 in Marawi, Mindanao, bei dem vier Katholiken getötet wurden.

Derzeit kontrolliert die mit der MILF verbundene Vereinigte Bangsamoro Gerechtigkeitspartei (UBJP) die Regierung von BARMM. Im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2025 hat sich der stellvertretende Gouverneur von Lanao del Sur, Mohammad Khalid Raki-in Adiong, Vorsitzender der Serbisyong Inklusibo-Alyansang Progresibo Party (SIAP), mit zwei anderen regionalen Parteien auf die Bildung einer Koalition geeinigt, nämlich mit der Al-Ittihad-UKB-Partei und der Bangsamoro People's Party. Es wird erwartet, dass dieses neue Bündnis mit der UBJP um die Kontrolle der BARMM konkurrieren wird.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Türkei: Byzantinisches Chora-Kirchenmuseum in eine Moschee umgewandelt

International Christian Concern - Nach vierjährigen Renovierungsarbeiten hat die Türkei die alte byzantinische Chora-Kirche im Herzen Istanbuls in eine Moschee umgewandelt. Diese Entscheidung, die an den Umbau der Hagia Sophia im Jahr 2020 erinnert, hat sowohl im Inland als auch international Kontroversen ausgelöst.

Die Chora-Kirche, die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört und für ihre beeindruckenden byzantinischen Mosaik- und Fresken bekannt ist, wird seit langem als kultureller und historischer Schatz geschätzt. Die Umwidmung der Kirche in eine Moschee hat sowohl bei Denkmalschützern als auch bei religiösen Minderheiten Kritik hervorgerufen, die darin eine Missachtung des kulturellen Erbes und der religiösen Toleranz sehen. Das Gebäude, das nun als Kariye-Moschee bekannt ist, wurde am 6. Mai offiziell für muslimische Gottesdienste eröffnet.

Kritiker sehen in der Umwandlung ein kalkuliertes politisches Manöver, das darauf abzielt, islamistische Parteien zu beschwichtigen, die einen bedeutenden Wahlblock zur Unterstützung der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) des türkischen Präsidenten bilden.

Diese veränderte Stellung historischer christlicher Stätten spiegelt einen breiteren Trend in der Türkei wider, wo einige Denkmäler mit byzantinischem und griechischem Erbe in den letzten Jahren umgewidmet wurden.

Die griechische Präsidentin Katerina Sakellariopoulou verurteilte diesen Schritt und bezeichnete ihn als Ausdruck „kultureller Unsicherheit und religiöser Intoleranz“, der ein reiches Erbe christlicher Kunst und Kultur in Vergessenheit geraten lässt. Die Umwandlung dieser Stätten verdeutlicht die komplexe historische und kulturelle Dynamik zwischen der Türkei und ihrer christlichen Vergangenheit.

Historisch gesehen war die Türkei bis zur Eroberung Konstantinopels, des heutigen Istanbul, durch die osmanischen Türken im Jahr 1453 das Zentrum der griechisch-christlichen Welt. Seitdem ist die Region überwiegend muslimisch geprägt. Trotz der offiziellen säkularen Haltung der Türkei in der Neuzeit haben politische Veränderungen, die von islamistischen Parteien vorangetrieben wurden, zur Umwandlung einiger historisch bedeutender christlicher Denkmäler in Moscheen geführt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Ukraine: Unter ständigem Beschuss durch Raketen

Pawel Dawidjuk (Kiew, Leiter von LICHT IM OSTEN Ukraine) berichtet von ständigem Beschuss durch Raketen und Shahed-Drohnen. Täglicher Luftalarm in Kiew. Täglicher Raketenbeschuss mit Zerstörung von Häusern und kommunalen Einrichtungen. Täglich neue Tote und Schwerverletzte unter der Zivilbevölkerung. „Die Russen zerstören gezielt die gesamte kommunale Infrastruktur.“ Und nicht nur die Städte in der Ostukraine! „Meine Kinder beten jeden Abend vor dem Schlafengehen, dass es heute Nacht keinen Fliegeralarm gibt. Sie haben Angst, allein ins Bett zu gehen. Sie haben Angst, alleine zur Toilette oder in die Küche zu gehen. Die ganze Ukraine lebt in diesem Stress ... Nach groben Schätzungen gibt es in der Ukraine schon etwa 13.000.000 Menschen, die seelsorgerliche Betreuung brauchen. Ich spreche von der Zivilbevölkerung. Man kann sich kaum vorstellen, wie es in der Ukraine aussehen wird, wenn die Männer von der Front zurückkehren!“

☒ Auch wenn wir schon lange für ein Ende des Krieges beten, lassen Sie uns in dem Gebet um Gottes Hilfe und Eingreifen für dieses Land nicht nachlassen!

„Wenn man versucht, etwas tiefer zu blicken, sieht man, dass dies der Preis ist, der unter anderem für die Möglichkeit gezahlt wird, das Evangelium zu predigen. Es ist für mich offensichtlich, dass Tausende von Menschen, die heute zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, nicht zu Gott gekommen wären, wenn es den Krieg nicht gegeben hätte. In Friedenszeiten waren die Menschen nicht so offen für das Wort Gottes. Das ist eine Tatsache. Und wenn wir die Situation von der Ewigkeit her betrachten, dann können wir Gott nur danken, dass solche Umstände wie der Krieg – so schrecklich sie auch sein mögen – zur Errettung vieler Menschen führen. Auch wenn sich in mir alles zusammenzieht, während ich diese Worte schreibe. Was Russland den Ukrainern antut, ist ein sehr großes Übel! Man kann es gar nicht in Worte fassen.“

☒ Danken Sie mit uns dafür, dass so viele Ukrainer in den Kriegsjahren zu einer lebendigen Glaubensbeziehung zu dem Vater Jesu Christi gefunden haben und viele neue ukrainische Gemeinde entstanden sind, sowohl in der Ukraine als auch in Deutschland, den USA und in anderen Ländern, in die Ukrainer geflüchtet sind.

☒ Beten Sie bitte mit uns für all die jung im Glauben stehenden Menschen aus der Ukraine, dass sie Erfahrungen mit Gott in ihrem Alltag, in ihren Sorgen, Nöten und Sehnsüchten machen und dass sie zu geistlich reifen Christen heranwachsen.

☒ Beten Sie bitte dafür, dass noch viele weitere Ukrainer Gottes Liebe erfahren und annehmen.

Kürzlich war Pawel Dawidjuk mit anderen Kirchenvertretern der Ukraine zu einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, eingeladen. Sie hatten die Gelegenheit zu „einem sehr offenen Gespräch über verschiedene Fragen der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat ... Nicht in allen Fragen gab es völlige Übereinstimmung.“ Sie sprachen mit dem Präsidenten auch über die Bedeutung des Gebets. „Vielleicht war dies nicht das letzte Treffen dieser Art. Ich weiß nicht, ob es etwas an seiner Einstellung zu Gott ändern wird, aber ich sehe einen großen Wert darin, mit dem Staatsoberhaupt direkt und offen über Gott und seine Prinzipien sprechen zu können. In der Bibel werden wir aufgefordert, für Herrscher und Obrigkeiten zu beten.“

☒ Bitte beten Sie für den Präsidenten und die anderen Regierungsverantwortlichen der Ukraine, dass sie den lebendigen Gott als ihre oberste Autorität erkennen, ihre Knie vor ihm beugen und ihn um Rat und Hilfe bitten.

Usbekistan: Kirchenregistrierungen blockiert

Das usbekische Regime blockiert willkürlich und wiederholt die Registrierung von Religionsgemeinschaften. Dies veranlasst Christen, sich illegal zu versammeln und dabei Risiken einzugehen.

10.05.2024

Open Doors Schweiz – Beamte des usbekischen Regimes wenden wiederholt eine Vielzahl von Taktiken an, um die Registrierungsanträge von muslimischen und christlichen Religionsgemeinschaften zu blockieren. Religionsgemeinschaften, die nicht registriert sind, wird die Ausübung ihrer Religions- oder Glaubensfreiheit verwehrt, was gegen die Menschenrechte verstösst.

Christen aus verschiedenen Teilen des Landes, die aus Angst vor staatlichen Repressalien anonym bleiben möchten, berichten, dass vielen Kirchen zwischen 2022 und 2024 die Registrierung verweigert wurde. Die Ablehnung kam entweder von den lokalen Verwaltungen oder vom Ausschuss für religiöse Angelegenheiten des Regimes in Taschkent.

Eine Vielzahl von Vorwänden

Das Regime führt viele Vorwände an. Einer der Gründe, mit denen der Registrierungsantrag einer protestantischen Kirche in der Region Samarkand blockiert wurde, war die Tatsache, dass die Gemeindeleiter keinen vom Komitee für religiöse Angelegenheiten anerkannten Abschluss hatten.

Befürchtungen von Neubekehrten

Christen erklärten, dass die Geheimpolizei des Staatssicherheitsdienstes (SSS) Druck ausübte. Dies, obwohl einige Kirchen in den vergangenen Jahren eine staatliche Registrierung beantragt hatten, die jedoch abgelehnt worden war. «Diese Kirchen sind sehr anfällig für Übergriffe und Drohungen durch die Behörden. Vor allem neue Gläubige haben Angst, den Gottesdienst zu besuchen», sagte einer von ihnen.

Agenten der Geheimpolizei SSS sagten zu einem Christen, dass er eine «illegale wahhabitische Extremistengruppe» besuche. Der SSS versuchte dann, Druck auf ihn auszuüben, damit er «für die Polizei arbeitet, um die Kirche auszuspionieren», sagte ein lokaler Partner von Open Doors, der den Fall kennt. «Natürlich lehnte der Gläubige ihr Angebot ab.»

Schwierigkeiten trotz Registrierung

Eine Registrierung bedeutet nicht das Ende der Probleme für Religionsgemeinschaften. Die Usbekische Baptistenunion kann dies bezeugen. Eine ihrer Kirchen in Buchara, die zwar registriert ist, kann aufgrund von Behinderungen durch das Regime seit Mai 2021 keine Gottesdienste mehr in ihren Gebäuden abhalten. Die Kirche hofft, 2024 ein neues Gebäude zu erhalten, in dem sie sich versammeln kann, doch bisher ist es noch nicht dazu gekommen. Seit Januar 2024 ist es ihr «vorübergehend» gestattet, einen Kindergarten als Lagerraum zu nutzen, den sie jedoch nicht für ihre Treffen verwenden darf. Kein Beamter des Regimes wollte erklären, warum es den Baptisten nicht erlaubt ist, sich zu versammeln oder ihr eigenes Gebäude zu reparieren.

Quelle: Forum 18, Open Doors Schweiz

https://www.opendoors.ch/news/usbekistan-kirchenregistrierungen-blockiert/?_cldee=BR2Qi-Ua13jn_ZYxYk4rkRfNe73T0x7XrhJ-Qo9MYBrw00afhFDIRavI6mCNptx6&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-1ab4d3a7e27042cbb5b96f31e0019435&esid=aabb522e-b00b-ef11-9f89-000d3ab0ee4e

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]